

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

60 (11.3.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 63 J Zustellgebühr; ab 2.15 M in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.- M; am Postkassier 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelgenießer 15 J.
Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die 7spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 50 J. Kleinanzeigen 150 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Zur Hohenzollern-Drage im Adlon-Hotel.

Entschuldigung der deutschen Regierung.

Paris, 10. März. Heute nachmittag um 1/2 5 Uhr erschien der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer beim Ministerpräsidenten Millerand, um ihm die Entschuldigung seiner Regierung wegen der Vorfälle, die sich kürzlich in Berlin ereignet haben, zu überbringen. Millerand nahm davon Kenntnis. Ueberdies sah er sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des deutschen Vertreters auf andere Vorfälle gleichen Charakters zu lenken, die ihm in der letzten Zeit gemeldet worden seien. Er fügte hinzu, daß diese Dinge sich vielleicht nicht ereignet hätten, wenn die deutschen Behörden mehr Raschheit und Energie angewandt hätten, um die Gewalttätigkeiten zu ahnden, auf welche im Monat Dezember zuerst General Riffel und dann der Oberste Rat die Berliner Regierung hingewiesen hätten.

Zu der von uns gemeldeten Mißhandlung der französischen Militärmission berichtet eine Berliner Lokalcorrespondenz:

An dem Mitteltisch des Saales im Hotel Adlon hatte sich eine allgemeine Kränkelung entwickelt. In deren Verlauf kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem Prinzen und einem Grafen Metternich, der an einem Tische, nur wenige Meter vom Eingang entfernt, saß. Graf Metternich erhob sich und rief in den Raum: „Aber, meine Herren, beruhigen Sie sich. Die französischen Offiziere dürfen nach ihrem Reglement nicht aufstehen.“ Als der Prinz jedoch nur geizig wurde, rief Graf Metternich dem Prinzen Joachim Albrecht zu: „Schämen Sie sich, Sie wollen ein Prinz sein? Sie und Ihre Familie waren das Unglück für Deutschland.“

Nach dem Relektre kam es noch zu einem Nachspiel in der Halle des Hotels, das auf eine Anrede des Prinzen sich deutsche Gäste gegen ihn wandten und sein Verhalten scharf kritisierten. Der Prinz schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß man die Franzosen bald aus dem Hotel herausheben werde. — Als am Sonntag mittag Prinz Joachim Albrecht wieder im Hotel Adlon erschien, um dort zu speisen, weigerten sich die Kellner, ihn zu bedienen.
 Es wirkt ein eigenartiges Licht auf die „gute“ Gesellschaft im Hotel Adlon, daß sie nicht willens oder imstande war, die zu unrecht angegriffenen Gäste nachdrücklicher zu schützen.

Prinz Joachim Albrecht bleibt in Haft.

Berlin, 10. März. Nach der „Voss. Zig.“ ist der von der Staatsanwaltschaft gestellte Antrag auf Erlassung eines Haftbefehls gegen den Prinzen Joachim Albrecht und den Wittmeister v. Platen wegen Verleumdung, Körperverletzung und verbotener Rädikation vom Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Berlin Mitte abgelehnt worden mit der Begründung, daß bei den Beschuldigten weder Fluchtverdacht noch Verdunstungsgefahr vorliege. Trotz der ablehnenden Haltung des Gerichts gegenüber dem Antrag der Staatsanwaltschaft bleiben die beiden Beschuldigten vorläufig in Schubhaft.

Die Frage der Revision.

Amsterdam, 10. März. Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß das Wirtschaftsmemorandum des Friedensvertrages festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigungsfrage machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert hat.
 Die „Times“ meldet aus Washington, daß eine Wiederholung der strengen wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in den Vereinigten Staaten allgemeine Zustimmung finden würde. Die „New York World“ schreibt, ein armes Deutschland würde eine wirtschaftliche und sogar politische Bedrohung für seine Nachbarn bedeuten.
 London, 10. März. Die „Times“ melden aus Paris: Die neuen Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission, die seit Donnerstag voriger Woche stattfinden, haben den ausgesprochenen Zweck, die Gesamtsumme der Schadensersatzforderungen an Deutschland auf 120-130 Milliarden herabzusetzen.

Französische Soldaten als Wiberer.

Berlin, 10. März. In Berlin in der Marktstraße heute, wie der „Abend“ meldet, eine französische Kommission ein, um den beim Wiberer erschossenen französischen Soldaten abzuholen, ferner ein Vertreter der Berliner Staatsanwaltschaft und drei Regierungsvertreter. Entgegen der von den französischen Soldaten ihren Vorgesetzten abgegebenen Erklärungen, daß ihre Kamerad ohne jeden Grund am Automobil erschossen worden sei, hielten die deutsche und die französische Kommission fest, daß der getötete französische Soldat 700 Meter vom Automobil entfernt, auf freiem Felde, erschossen worden ist. Auf die Frage der französischen Kommission nach demjenigen, der den Franzosen getötet hatte, erklärten die Mitglieder der Einwohnerversammlung, daß ein einzelnes Mitglied etwa für eine Tat bestraft werde, die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit geschähe sei. Die Franzosen teilten noch mit, daß die sieben beteiligten französischen Soldaten sofort eingeweiht worden seien.

Uebersichten im Bergbau.

Essen, 10. März. In den vorgestrigen Verhandlungen betreffend die Ueberarbeit im Bergbau waren als Angehörige der Regierung Eisenbahnamminister Oeser, Reichsarbeitsminister Schlieke, Ministerpräsident Millerand, Reichswehrminister Generalleutnant Freiherr v. Wacker und Reichskommissar Sebering anwesend. In den Verhandlungen wurde zwischen dem Bergbauverband einerseits und den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden andererseits für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau im Anschluß an das vorläufige Abkommen vom 13. Februar 1920 betreffend die Ueberarbeit folgendes vereinbart:

Vom 15. März ab wird die Belegschaft unter Tage wöchentlich zweimal im Anschluß an die regelmäßige Schicht je eine halbe Ueberstunde zur Erhöhung der Kohlenförderungen verfahren. Es sind nach Möglichkeit alle Belegschaftsmitglieder unter Tage zu beteiligen. Belegschaftsmitglieder über Tage verfahren, soweit erforderlich, entsprechende Ueberstunden. Allen Belegschaftsmitgliedern werden für die in dieser Zeit geleisteten Ueberstunden anstatt des tarifmäßigen Lohnzuschlags von 25 Prozent unter Tage ein solcher von 100 Prozent, über Tage ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt. Für die an dieser Ueberarbeit beteiligten Belegschaftsmitglieder ist folgende Zulage festgesetzt: Die wöchentliche Brotmenge beträgt einschließlich der rationierten Menge und etwaiger Schwerarbeiterzulagen 2125 Gramm, die wöchentliche Fettmenge ausschließlich der rationierten Menge ein Pfund. Der Preis für Brot und Fett ist gleich dem der rationierten Menge. Das Abkommen gilt für alle Belegschaftsmitglieder und für alle Zeichenverwaltungen. Es kann mit Frist von einer Woche zu Anfang der Woche beiderseitig gekündigt werden.

Alarmbereitschaft der pfälzischen Besatzungstruppen.

Aus Ludwigshafen wird den „P. P. N.“ berichtet: Infolge der wachsenden Unruhe in den pfälzischen Industriestädten, die durch die Lebensmittelknappheit verursacht ist, haben die französischen Besatzungstruppen in Ludwigshafen, Speyer und Kaiserslautern Befehl erhalten, sich vorläufig in den Kasernen alarmbereit zu halten.

Der 3/4 Milliarde Kredit für Nahrungsmittel.

Berlin, 10. März. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Verwendung des letzten Nahrungsmittelkredits von 3/4 Milliarden, ist wie die P. P. N. melden, dem Reichsrat vorgelegt. Nach diesem Bericht wurden über 2 Milliarden für die Reichsleistung, über 300 Millionen für die Reichsleistung und über 100 Millionen für die Reichsleistung verwendet. Die Höhe des neuen Kredits, der wiederum angefordert werden soll, steht auch jetzt noch nicht fest. Sicher ist lediglich, daß er ausschließlich zur Senkung der Preise der Lebensmittel dienen soll.

Generaldebatte in der Abgeordnetenkammer in Sondura.

Berlin, 10. März. Wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, erbligte die Februartagung der Abgeordnetenkammer von Sondura mit besten Zusammentritten, in deren Verlauf 20 Abgeordnete schwer verletzt wurden. Einige wurden getötet. Unter den Toten befindet sich auch der Präsident der Kammer.

Das Elend in Wien.

„Der Berliner Lokalanzeiger“ hat die Zahl der Todesfälle in Wien in den letzten Februarwochen 1102 betragen. Die Zahl der Geburten dagegen nur 463. Keine Stadt Europas weist eine gleich entsetzliche Statistik auf.

Anschuß Koburg an Bayern.

München, 11. März. Der Staatsvertrag zwischen Bayern und Koburg wird heute in einer besonderen Sitzung des Landtags endgültig verabschiedet werden. Die Mitglieder der Koburger Staatsregierung und des Koburger Landtags sind gestern abend hier eingetroffen. Die einstimmige Annahme des Staatsvertrages ist zu erwarten.

Englische Wahlen.

Amsterdam, 10. März. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat die Koalition bei der Erziehung in Horncastle einen Sieg davongetragen. Der unionistische Kandidat erhielt 8540, der unabhängige liberale Kandidat 6725, der Arbeiterkandidat 2443 Stimmen.

Die Sozialistischer Bestrebungen in England.

Amsterdam, 9. März. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Kommission der Bergarbeiterverbände in Südwales erklärte sich mit 3490 gegen 610 Stimmen für die direkte Aktion zur Durchführung der Sozialisierung der Steinkohlenbergwerke. Die Kommission beschloß außerdem eine sofortige Lohnerhöhung von zwei Pfund Sterling in der Woche zu fordern. Die Bergarbeiter von Lancashire, Chester und Northumberland erklärten sich ebenfalls für die direkte Aktion. Die Bergarbeiter von Durham erklärten sich mit großer Stimmenmehrheit dagegen.

Streitbewegung in Italien.

Milano, 10. März. „Corriere della Sera“ benimmt aus Neapel, daß infolge von Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und der Polizei Neapel einen 24 stündigen Protest freit proklamiert habe. An diesem Streik nehmen teil die Straßenbahnen, die Angestellten und die Arbeiter einiger Fabriken und viele Privatangehörige. Es wurden Verhandlungen eingeleitet. Die Blätter konnten wegen der Teilnahme der Gelehrten an dem Streik nicht erscheinen.

Die Lage in Portugal.

Lissabon, 9. März. Der Verlehrsbeamtenstreik geht weiter. Silva hat demissioniert, da sich das Kabinett nicht über die den Streikenden gegenüber einzunehmende Haltung einigen konnte. Man glaubt, daß der Präsident Alvaro Castro mit der Kabinettbildung beauftragt wird.

Zum Venrather Explosionsunglück.

Wetzlar, 10. März. Nachdem diese Nacht sechs weitere Tote und zwei Schwerverwundete unter dem Opfer der Venrather Explosion sind, beläuft sich die Zahl der Opfer der Explosionskatastrophe im Elektricitätswerk Weisholz bis jetzt auf 21 Tote, 20 Schwerverwundete und eine größere Anzahl Verletzte. Man vermutet jedoch noch weitere Opfer unter den Trümmern. Ueber die Entstehungsurache der Explosion ist noch nichts genaues bekannt. Nach Angabe eines Direktors ist die Ursache wahrscheinlich auf einen Materialfehler zurückzuführen.

Das französische Proletariat und die Internationale.

Während die französischen Gewerkschaften durch den Generalstreik der Eisenbahnen einen durchschlagenden Erfolg über ein ebenso rüstiges, auf seine Privilegien verbissenes wie politisch mächtiges Kapital errangen, wurde einer der Delegierten zum französischen Parteikongreß wegen einer Rede verhaftet. Während die streikenden Eisenbahner Massenmeetings unter freiem Himmel abhielten, verweigerte man verschiedenen auswärtigen Delegierten zum Parteikongreß die Pässe. Während die Delegierten der Gewerkschaften mit der Regierung verhandelten, wurden die parlamentarischen Vertreter der Partei von den bürgerlichen Abgeordneten niedergeböhlt. Während die gewerkschaftliche Internationale in ihren beruflichen Teilorganisationen wie in ihrer Gesamtorganisation sich rekonstituiert, ohne Bannflucht und ohne Ausschluß, diskutierte die französische Partei, ob und welcher Internationale sie sich anschließen soll, um schließlich eine Resolution mit schwacher Mehrheit anzunehmen — eigentlich nur mit der Hälfte der abgegebenen Stimmen —, die die Partei zwischen Lür und Angel läßt. Schließlich sei noch hinzugefügt, daß einer der Delegierten des Zentrums der Partei, Courmaie, zur äußersten Linken der Gewerkschaft gehört, als deren Vertreter er seine Demission als Mitglied des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes gegeben hat. . . .

Diese Tatsachen werfen ein erschreckendes Schlaglicht auf die verworrene Situation, in der die sozialistische Partei Frankreichs sich befindet. Sie kann sich nicht mit der sozialistischen Partei der Welt, außer der österreichischen, haben wir in der Vergangenheit so innige Beziehungen gehabt, wie mit der französischen. Das ergab sich natürlich aus den geschichtlichen, politischen und geographischen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs zueinander. Der Krieg hat die Beziehungen noch zugekühlt, und mehr als je bedürfen wir einer Verständigung mit der sozialistischen Partei Frankreichs. Diese Verständigung erscheint jedoch gegenwärtig ausichtslos zu sein und der Beschluß des Kongresses von Straßburg hat ihr alle Wege verrammt.

Man könnte das Schicksal der neuen Mehrheit der französischen Partei ein tragisches nennen. Mitglieder von dem Orban des Krieges, ihres erfahrensten Piloten beraubt, trieb die sozialistische Partei Frankreichs während der ersten Kriegsjahre heroisch auf den Wogen der Landesverteidigung dahin. Doch nach und nach machte sich die Opposition gegen die Politik der Selbstverleugung geltend, um erst am Ende des Krieges, im Oktober 1918, die alte Mehrheit zu verdrängen. Doch sie erbt nur Ruinen — 34000 — Mitglieder — und sie hatte selbst keine bestimmte Politik, um die Partei zu leiten. Wie die alte Mehrheit sich von der nationalen Woge hatte treiben lassen, so ließ die neue Mehrheit sich von der nationallojen bolschewistischen Woge treiben, um nur mit knapper Not nach 15monatiger Herrschaft dem Schicksal der alten Mehrheit zu entgehen.

Wenn es Longuet, Frossard, Maheras, Mitrail usw. in Straßburg noch gelang, von der Woge der „Kriegssozialisten“ — wir nennen sie Novembersozialisten — nicht weggeschwemmt zu werden, so danken sie das vor allem den Bolschewisten selbst, die durch ein Radio Lenin und den herbeden Mund der holländischen Kommunistin Holland-Holt den verblüfften Delegierten von Straßburg wissen ließen, daß die sozialistische Partei Frankreichs nur unter ganz bestimmten Bedingungen in die alleinseligmachende „3. Internationale“ aufgenommen würde. Diese Bedingungen liefen auf die Abschöpfung der gesamten politischen Taktik und Theorie der französischen Partei und auf den Ausschluß ihrer bekanntesten Führer hinaus. Man opfert viellecht seine politische Vergangenheit und seine demokratischen Prinzipien, um nicht weniger revolutionär als der Nachbar zu scheinen, aber aus Ueberzeugung Selbstmord üben, dazu gehört mehr. . . .

Vielleicht wären die Longuet, Frossard und Maheras doch noch mit geschlossenen Augen in das bolschewistische Abenteuer gesprungen, wenn sie nicht zur rechten Zeit gewarnt worden wären, daß ihnen das bolschewistische Paradies verschlossen bleibt, ein Schicksal, das sie übrigens mit Kautsky, Lebedour, Hilferding und andern „Sozialpatrioten“ teilen. So sind sie den deutschen Unabhängigen nach ins Leere gesprungen, mit denen sie versuchen werden, eine 4. „Internationale“ zu bilden. . . .

Heute zählt die sozialistische Partei Frankreichs nahezu 150000 Mitglieder. Während der letzten 15 Monate sind also über 100000 neue Mitglieder hinzugekommen, die den alten Stamm völlig überflutet haben. Und nun rückt sich an Longuet und seinen Freunden die bedauerliche internationale Taktik, die sie während dieser 15 Monate verfolgten. Statt sich genau über die Situation in Deutschland und den andern europäischen Ländern zu informieren und eine Verständigung des gesamten organisierten Proletariats zu versuchen, beschränkten sie sich auf die heroische Dummheit der Verteidigung von Sowjetrußland um jeden Preis und auf die nichts weniger als heroische Dummheit des Nachbetens der bürgerlichen Nachrichten über die Politik der deutschen Sozialdemokratie. In letzter Stunde, am Rande des Abgrundes, versuchten sie ja zu bremsen. Wir wollen wünschen, daß es nicht zu spät sei.

Für die deutsche Sozialdemokratie ist die Taktik, die uns der französische Parteikongreß aufzwingt, klar. Wir müssen auch immer die Verbindung und Verständigung mit dem

organisierten Proletariat Frankreichs — und das ist vor allem in den 1 1/2 Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaften — suchen. Wir müssen bereit sein, im Interesse dieser Verständigung Konzessionen zu machen, soweit diese sich mit dem demokratischen Sozialismus vereinbaren lassen. Wir müssen die Arbeiterklassen der andern Länder über unsere Tätigkeit — von der sie einen ganz falschen Begriff haben — aufklären. Im übrigen müssen wir die Enttäuschungen, die die sozialistische Partei Frankreichs auf dem Gebiete der internationalen Politik haben wird, der heilenden Wirkung überlassen, die sie wieder mit uns zusammenführen wird.

Politische Uebersicht.

Die Ungebildigen.

Die Reaktionsäre und die Radikalen können gar nicht die Zeit abwarten, in der das Volk über sie zu Gericht sitzen wird. Wie raselang fragen sie die Regierung, wann endlich die Auflösung der Nationalversammlung und die Ausübung der Neuwahlen kommen wird. Kein Wunder, allmählich bricht sich im Volke die Erkenntnis Bahn, daß die Politik der Koalitions-parteien trotz aller Enttäuschungen, die sie den gar zu Hoffnungsreichen der Novembertage 1918 bereitet haben, die einzig mögliche ist, um aus dem Glend heraus zu helfen zu kommen. Mit dem Wachsen dieser Erkenntnis sehen sie trotz Belagerungszustand und Erzberger-Prozess ihre Felle wie die betäubten Röhler davon schwimmen. Darum müssen sie immer neuen Agitationsstoff ins Volk hineinwerfen, um es nicht zur Ruhe kommen zu lassen und seine aus der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage entstandene Erregung zu steigern. Aus diesem Grunde haben die Deutsche Volkspartei in der Nationalversammlung den Antrag gestellt, dieselbe bis zum 1. Mai 1920 aufzulösen, mit dem sie jedoch abgelehnt sind. (Siehe gestriger Bericht.) Ausgerechnet diejenigen, die sich, so lange sie die Herrschaft in Preußen-Deutschland hatten, gegen jedes Mißbilligungsrecht des Volkes wehrten, die bei der Abstimmung über den Antrag auf eine dreijährige Legislaturperiode dagegen stimmten, regen sich heute darüber auf, daß die Nationalversammlung angeblich bereits über ihre Zeit hinaus zusammen ist. Daß die Unabhängigen in diesem Chorus mit einstimmen, ist selbstverständlich.

Auch wir sind damit einverstanden, daß die Nationalversammlung so schnell als möglich aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Wir wehren uns aber dagegen, daß ein Teil jener Arbeit, die die Nationalversammlung noch zu erledigen hat, liegen bleibt. Es ist nun einmal ihre Aufgabe, den größten Dreck, den uns die Herren Reaktionsäre hinterlassen haben, wegzuräumen und neue Wege zu bauen. Ist diese Arbeit geschehen, dann wird die Regierung die Nationalversammlung keine Minute länger zusammen halten. Die Aufgabe aber, die sie zu erfüllen hat, ist so schwer und vor allem so verantwortungsvoll, daß es nicht möglich ist, sie um der schönen Augen der Deutschen im Ru durchzusetzen.

Sie mögen sich das Wohlgeheue vergegenwärtigen, das man in ihrer Presse wegen der angeblichen Durchsetzung der Steuererhöhung anstimmte und sich im übrigen mit ihren unabhängigen Freunden gebuldet, bis die Zeit gekommen ist. Früh genug noch wird das Volk zu Gericht sitzen und befinden, daß die Zeiten der Junkerherrschaft ebenso vorüber sind, wie die der linksradikalen Maulhelden, daß es zurück will zu ernster Arbeit und zum Wiederaufbau eines zusammengebrochenen Hauses. Um das zu ermöglichen, gibt es nur einen Weg, den die Regierung und die Mehrheit der Nationalversammlung bisher gegangen ist und weiter gehen wird.

Die Wut.

Die Debatte über die Abfindung der Hohenzollern hat die Extremen von links und rechts, die sich schon ein Fest versprochen hatten, in helle Empörung versetzt. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt unseren Genossen Graf rein aus Wut über seine fröhliche Rede für einen „Frankfurter Juden“, obwohl er jederzeit die Wutprobe ablegen könnte. Und die „Tägliche Rundschau“ gibt sich gar so sehr, daß sie zum hundertsten Male den Genossen Südekum einen Millionär nennt; wer das noch einmal tut, sollte wirklich verurteilt werden, ihm auszusprechen, was ihm daran fehlt.

Aber auf der äußersten Linken ist man in der gleichen Verlegenheit. Die Leser der „Freiheit“ dürfen kein

Wort davon erfahren, daß die Rosenfeld und Hoffmann ein halbes Dutzendmal das Privatigentum der Hohenzollern ausdrücklich anerkannt haben. Und selbst aus der Rede des Genossen Dr. Südekum wird mit Sorgfalt herausgetrieben, daß von dem Wein aus den königlichen Kellern auch der unabhängige Finanzminister Simon seinen Teil genommen hat. Die Oppositionsparteien müssen eine schlechte Stellung haben, wenn sie in dieser Weise die Wahrheit zu korrigieren suchen.

Unabhängige Aufklärung.

Wie in den übrigen Städten, so fand auch in Pirma-fens aus Anlaß der Anwesenheit der bayerischen Minister im Stadtratsaal ein offizieller Empfang für die Vorstände der staatlichen und städtischen Behörden sowie der Vertreter von Handel und Gewerbe statt. Wie die „Fälische Rundschau“ hierzu berichtet, hatten die unabhängigen den Besuch zur Veranstaltung einer großen Massendemonstration vor dem Rathaus als Protest gegen die heutigen Zustände ausgerufen. Die Straßen füllten sich mit Arbeitern, und die Parade vor dem Rathaus immer größer wurde, traten sämtliche Minister mit dem Oberbürgermeister auf den Balkon heraus, um die Wünsche der Arbeiter anzuhören. Als dann der Oberbürgermeister und später der Minister des Innern zu den Massen sprechen wollten, erscholl schreiend stäubende Lärm und Hurra. Hierauf wurde der Empfang im Stadtratsaal fortgesetzt und die Demonstration verließen später unter Hochrufen auf die unabhängige Partei den Rathausplatz.

Die Minister fuhren extra ins besetzte Gebiet, um die Wünsche der Bevölkerung kennen zu lernen und danach für Abstellung sorgen zu können. Statt ihnen nun die Beschwerden vorzutragen, brüllt und schreit man, daß kein Mensch des anderen Stimme versteht und geht wieder nach Hause. Sehr wissen die Minister nicht, wo sie zuerst helfen sollen, da die aufgeregten Arbeiter sie niederföhren. Ni der notleidenden Bevölkerung mit dieser Art „Ausprache“ gebiert?

Kommunistisches Lohnwahn.

Die heillose Verwirrung und Zersplitterung in der K.P.D. kennzeichnen am besten die Vorkänge im Hamburger Bezirk Nord und Nordwest, dem Hauptstützpunkt der Opposition gegen die Zentrals in Berlin, der als energisichster Gegner die „Hamburger Arbeiterzeitung“ gegenübersteht. Nachdem die Zentrale die Parteibildung als vollzogene Tatsache mitgeteilt hat, kann nicht etwa erwartet werden, daß sich nunmehr eine wirklich „revolutionäre“ linkskommunistische Partei bilde, sondern jede der abgeplatterten Gruppen und Gruppenchen vermeint, selbst des reinen und wahrhaftigen Sacraments teilhaftig zu sein. Nachdem Laufenberg, der sich auf Festung befindet, in der kommunistischen Presse unter dem Pseudonym Fritz Erler veröffentlichen seine national-bolschewistischen Gedanken zu propagieren suchte, ist Wolfstein der Propaganda „radikalsten“ Richtung der achtzigsten Gegner der Zentrale geworden, die ihn dafür als „Sindulisten“ denunziert.

Dem „Bremer Kommunist“ vom 4. März, der als Kopieblatt seiner verbotenen Hamburger Schwester weiter erscheint, ist ein Flugblatt des „Aktionsausschusses“ der K.P.D., Ortsgruppe Hamburg beigelegt, das die Parteigenossen zu neuer Spaltung innerhalb der Opposition einladet. Es propagiert den „Aufbau von unten“ und wendet sich dagegen, daß sogar in der K.P.D. (Spartakusbund) sich ein stinkender Sumpf der Korruption aufstauen konnte. Durch finanzielle Herrschaft hat eine bürokratische Politikanten-Elite sich im ganzen Lande Stützpunkte geschaffen, um mit Geld die Meinungen der Mitglieder zu erkaufen, durch finanzielle Einflüsse die Gesinnung der Kommunisten Deutschlands zu korrumpieren.

So erklärt (unverkennbar aus der Feder Fritz Wolfsteins) die Zentrale und ihr „Hamburger Ableger“ die Meinung gesagt. Der Aufsatz schließt:

Fort mit jeder parlamentarischen Tätigkeit! Keine Wahlbeteiligung an der Betriebskomitee! Nieder mit den Gewerkschaften und den politischen Methoden der Sozialdemokraten.

In derselben Ausgabe, dem dieses Wortgeklänge heiligt, kritisiert die K.P.D. das neueste Elaborat der Opposition in der Opposition als „eine große Frage mit dummen, geistlosen Schimpereien dazwischen und brandmarkt den „Aktionsausschuss“ als „eine schimpfliche Revolverkavallerie“.

Das Ganze ist ein Beweis dafür, wie weit der kommunistische Wirrwarr nachgerade geblieben ist.

Gewinne, und die Ausübung seiner Tätigkeit in diesen Kreisen war mit reichlichem Genuß gegorener und gebrannter Getränke verbunden.

Jede größere Stadt weist Lokale auf, in denen solche Menschen, die von der Spielwut besessen sind, um Mitternacht ihren Treffpunkt haben. Kleine, scheinbar harmlose Wirtschaften mit dicht schließenden Fensterläden und Cafés dritter Gasse, Orte, an welchen spielfranke junge Kaufleute, Kellner, Chauffeurs und Handwerker ihr Spiel in harmlosem Lärm um Zehnjennigstücke anfangen und im Hazard am Marktende enden. Gauner im Kleinen, von denen immer einer die andern wechselnden Glüdes betriegt. Menschen, welche unter tags irgend einen soliden Beruf ausüben, um in jenen Stunden, in denen sie sich erholen sollten, mit glühenden Augen, wirrem Haar und siebzig zitternden Sonden den unerhörtesten Verberkbel der letzten Sekunde jeden Glückspielers auszukosten. Hier ist der faulige Schwammboden der Spieler niedersten Grades und größten Raffinements. Ganz geriebene Sechse, tauchen sie hier plötzlich auf, halten sich eine zeitlang und verschwinden dann ebenso plötzlich wieder, wenn sie „abgespielt“ haben.

Solche Orte suchte Herr Harro jetzt auf und spielte sich langsam durch halb Europa. Mit wechselndem Glück und wechselnden Gefangnissen. Bis in die Serbergen spielte er sich herunter. Immer tiefer sinkend, um zuletzt nach zwölf Jahren auf der Landstraße in die Residenz zurückzuführen und hier selbst eine Kontrolle zu geben.

So kam er nun den Weg am Geißbüchlerischen Hause vorbei und hielt hier einen Augenblick still. Ein Mensch mit weißerhaubten Schuhen steht in der Großstadt stets verdächtig aus. Darum zog er aus der Brusttasche seines Gehrockes ein zerlumptes rotes Taschentuch und rief die S. u. l. mit demselben leichlich blank.

In Wyrtschen „wahrte er die am Strich über dem bunten Plumentanz: wehenden Weinfleider.

Er bingelte gegen die Sonne gärtlich nach den hellen Seiten hinüber und dann wieder traurig an seinen Weinen hinunter: Sehnüchlich verlangend und wehmütigen Wunsches voll.

Badischer Landtag.

21. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 10. März 1920.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.05 Uhr. Eingegangen ist ein Schreiben des Abg. Roth (Soz.), daß er aus persönlichen Gründen auf sein Mandat verzichtet. Nach kurzen persönlichen Bemerkungen des Abg. Müller (Zentrum), Görtz (Str.) und des Präsidenten Kopf, daß der Landtag für die Weitergabe der Drucksachen des Finanzministeriums an die Presse keine Verantwortung trage, und daß ein Versehen des Ministeriums vorliege, erfolgt die

Abstimmung über die Anträge zum Nachtragsetat.

Der Antrag Schäfer auf Bildung einer Kommission zur Vereinfachung der Staatsverwaltung wird angenommen. Die Anträge bezüglich Erhöhung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Aufhebung der Bierabgabewirtschaft werden durch die Regierungserklärung als erledigt erklärt. Der Antrag Ködel auf Aufhebung der Weinhöchstpreise wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Spezialberatung des 7. Nachtrags.

Abg. Obermeyer (Deutsch-All.) berichtet über den Justizetat und beantragt namens der Kommission Annahme gemäß deren Beschlüsse.

Abg. Dr. Lefzer (Dem.) berichtet namens der Kommission über das Gesetz badischer Rechtspraktikanten, das Wünsche für Prüfungserleichterung für Kriegsteilnehmer sowie Anstellungswünsche enthält. Eine Vergütung an Rechtspraktikanten kann nur erfolgen, wenn sie starbesschäftigten Justizbehörden Dienstleistungen leisten; ausgenommen sind Kriegsteilnehmer, für die Parteigelder zu gewähren sind und die vorzugsweise zu beschäftigen sind. Die Kommission beantragt, die Bestimmung durch die Regierungserklärung erledigt zu erklären, nachdem eine empfehlende Ueberweisung, für die die Sozialdemokraten und die Demokraten stimmten, in der Kommission Stimmengleichheit ergab.

Abg. Schäfer (Zentr.) stellt fest, daß es bisher nicht üblich war, die Abstimmung der Kommission im Plenum zu nennen. Abg. Lefzer (Dem.) und Glöckner (Dem.) bemerken, daß der alte Modus schon längere Zeit durchbrochen war, was durch Präsidenten Kopf bestätigt wird, wenn er auch den alten Gebrauch, die Parteistimmungen in der Kommission nicht bekannt zu geben, vorgezogen würde.

Abg. Wittmann (Zentr.) erklärt namens seiner Freunde Zustimmung zu den Anforderungen. Die Forderung der Rechtspraktikanten lehnten wir aus sachlichen Gründen ab. Denn wir müssen mit dem Sparen Ernst machen. Man muß von allen Stellen aus vor Übung zum juristischen Studium warnen.

Abg. Dr. Lefzer (Dem.): Auch wir wünschen, daß die Staatsvereinfachung keine Verschlechterung der Justiz bringe und stimmen den Anforderungen zu. Nach der neuerlichen Regierungserklärung in Sachen der Parteigelder für Rechtsanwälte stimmen wir dem Kommissionsantrag zu.

Abg. Marum (Soz.):

Auch wir stimmen den Anforderungen zu. Ich möchte betonen, daß die Reform des Rechtsanges in Strafsachen nicht mehr durch die deutsche Nationalversammlung erledigt wird, sondern bis zum nächsten Reichstag vertagt wird. Ich möchte wünschen, daß die Ideen des Entwurfs beibehalten werden. Bei den Rechtsanwälten ist viel glänzendes Glend. Man sollte ihnen bei Nachlässen und Kontursen durch Beziehung entgegenkommen und auch das Urkundennotariat den Anwälten zuwenden. Ich ziehe den Namen Rechtspraktikant dem preussischen Referendar vor. Ich schließe mich dem Kommissionsantrag an und wünsche, daß den Bedürfnissen mit den Parteigeldern entgegengekommen wird. Denn wir brauchen Richter, die aus dem Volke stammen. Weiter als die Kommission und das Justizministerium in den Parteigeldern für die Rechtspraktikanten gegangen ist, kann man wegen der Konsequenzen für die anderen Berufe nicht gehen. Durch die Beihilfen soll frisches Blut in die Justizverwaltung kommen.

Abg. Mayer-Karlsruhe (Deutsch-All.): Die Sparsamkeit zwingt uns zum Abbau des Beamtenkörpers. Der Wunsch der Rechtspraktikanten, die Kriegsteilnehmer waren, ist zu billigen.

In der Einzelberatung äußert

Abg. Weiskmann (Soz.) Wünsche bezüglich der Anschaffung von Kleidern für die Kreis- und Amtsgefängnisse, da die leichten Kleider unzulänglich sind. Der Staat hat die Aufgabe, für die Sträflinge menschlich zu sorgen und es ist deshalb zu begrüßen, daß das Justizministerium auf unser Verlangen diese Politik von 60 000 M. auf 100 000 M. erhöhte.

Justizminister Trunk stellt fest, daß das Ministerium versuchte, die notwendigen Anschaffungen zu bewerkstelligen. Es ist zuzugeden, daß im Winter die Gefängnisbefüllung als

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Die Hosen.

(Schluß.)

In edler Gemeinschaft mit einem lebhaften Franzosen und einem sehr hiebei aussehenden, breit sprechenden Engländer, zwei würdigen Gentlemanen, vervollkommnete er sich im Spiel: Trente et quarante, Baccarat, Chemin de ser, Banker und ähnlichem. Nebst großer Geschicklichkeit in solchen Sachen brachte er es dort drüben nun zu einigen hundert Dollars. Er beschloß, nach berühmten Vorbildern, seine Tätigkeit auf den Kontinent zu verlegen. Also setzte er zweiter Kajüte nach Frankreich über, hatte aber bei seiner Ankunft in Le Havre eine zerfallene Nase. Ein bieder Bierbrauer aus Chile, welchen er auf dem Schiff gerupft hatte, war er derselben Schuld. Das war schlimm!

Denn nun besaß er nur besonders Kennzeichen, und die edel geschwungene No. 1, ein Erbstück der rein blaublütigen Linie Luapötitz aus Raubritterzeiten, war rucklos zerstört. In der nun erst-herden Bedrängnis versuchte er als Kroupier an einer Spielbank in Südfrankreich etwas zu erwerben. In seiner besonderen Art natürlich wieder. Was jedoch mit unübersteigbaren Schwierigkeiten verknüpft war. Kroupiers sind ein Mittelglied zwischen fertigen Spielern und solchen, die es werden wollen. Dementsprechend werden sie auch von ihren Brotagebem, den Spielbanken, eingeschätzt. Man zieht ihnen zwar vornehm schwarze Gesellschaftsanzüge auf den Leib, aber dieselben werden vom Schneider ohne Taschen gefertigt. Ihr Schnupftuch hängt an einem Bogen des Koulletentisches und sie selbst werden jeden Abend gründlich durchsucht. Hier war also nichts zu holen, wie Herr Harro sehr bald merkte. Er zog es vor, wieder zu gehen und spielte fortan dort, wo man eine zerfallene Nase nicht gleich von vornherein als Steckschiff aufschätze. Mit Reuten, welche tätowierte Hände bejaßen und sehr rasch dazuten, Das waren verhältnismäßig wagere

Auch die Karierten blähten heftiger und klatschender im Winde. Immer wilder und voller.

Und gerade in jenem Augenblick, in welchem sein Sehen am mächtigsten wurde, da geschah etwas ganz Unerwartetes, Wertwunderbares. — Geißbüchler! — Umsonst! Weil sich die beiden Klammern allmählich gelodert hatten, kamen die bisher nur ohnmächtig Flatternden ins Fliegen. Einem großen Vogel gleich zogen sie in hohem Schwünge über den Holzzaun hinweg und legten ihre Krallen zärtlich um den Hals des Herrn Harro von Duabblitz, sobald sein Gesicht im Innern der Buren steckte. So daß Nase und Augen dicht vor einem mit gelber Seide auf formblumenblauen Grund gelickten Monogrammen sahen. Einem Monogrammen, das unter seiner Krone die Buchstaben „S. v. D.“ zeigte.

Wer im Leben genötigt ist, ständig mit Zufälligkeiten zu rechnen, der wird geistesgegenwärtig. Herr Harro war rasch gefaßt.

Ohne die Fenster des Hauses aus den Augen zu lassen, wickelte er die Hosen eiligst zusammen, barg sie unter dem Rock und schritt dann geschwind einer in der Nähe befindlichen Kiesgrube entgegen. Hier wechselte er seine bisher getragenen Weinunterale mit den soeben angekommenen und steckte die ersten in eine alte, verbeulte Gießkanne. Dann schritt er stolz erhobenen Hauptes der Stadt entgegen. Nicht ohne hier und da heimlich unter den Rockschößen nach dem Monogrammen zu fignern und zärtlich über den weichen Seidenfleck hinweg zu tasten.

Einige Stunden später zweifelte gelegentlich der Razzia in einem gerade nicht sehr feinen Lokal der führende Polizeikommissar die Identität des Herrn Harro von Duabblitz auf Grund seiner Ausweis-papiere allein an.

Da hob die r die Rockhöhe hoch, ließ die Buren am hintern Teile herunter und unterfückte die Glaubwürdigkeit seines Passes durch die g. l. n. Buchstaben mit der Krone auf formblumenblauen Grunde.

Und für dieses Mal ließ man ihn dann laufen! Solches Vorkommnis aber nur als Beweis dafür, daß jemand dazu kommen kann, seine eigenen Socken zu flechten!

... zu bezeichnen ist. Im Hauptbudget folgen weitere Anforderungen zur Ergänzung der Mittelbestände.

Die Positionen werden genehmigt und die Petition der Reichspräsidenten als erledigt erklärt.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet namens der Kommission über den Etat des Finanzministeriums, die Genehmigung beantragt.

Die Position wird genehmigt.

Abg. Stöcker (Soz.) berichtet namens der Kommission über den Etat des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Durch die Erhöhung des Einkommens des Domkapitels wird die vorhandene Rechtslage nicht geändert. Bei der endgültigen Abstimmung in der Kommission wurden die Positionen des Domkapitels und der erzbischöflichen Kanäle gegen 5 Stimmenhaltungen der Sozialdemokratie genehmigt, wobei der sozialdemokratische Redner erklärte, daß die Kirche für ihre Bedürfnisse selbst sorgen könnte, wenn man den Antrag Kaiser-Heidelberg angenommen hätte, der den Kirchen unbeschränktes Steuerrecht geben will. Die Notwendigkeit, an die Geistlichen höhere Zulagen zu gewähren, wurde von keiner Seite bestritten, auch nicht von den Sozialdemokraten, indem sich die Sozialdemokratie beim Zuspruch zur Gewährung von Zulagen für Geistliche aller Bekenntnisse der Abstimmung enthielt. Es ist festzustellen, daß sich der Stand der Geistlichen im Prozesse schwerster Kriminalisierung befindet. In Anerkennung der Notlage der Geistlichen brachte die sozialdemokratische Fraktion den in der Kommission gestellten Antrag ein, den gewährten einmaligen Zuspruch als Vorstoß zu genehmigen.

In der Einzelberatung anerkennt

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) das Wohlwollen des Reichspräsidenten, das sich günstig gegen frühere Zeiten abhebe. In der Frage der Dotationen vertrat er die Auffassung, daß hier eine Rechtsfrage vorliegt, die von der Säcularisierung herrührt. Diese Rechtsfrage muß auch bei der kommenden Auseinandersetzung über die Ablösung auf Grund der Reichsverfassung maßgebend sein. Im sozialdemokratischen Antrag sind unbeschränkte Erhöhungen der Kirchensteuer liegt die Absicht, die Rechtsfrage des Staates auf die Kirchen zu übertragen. Die Befähigung der Geistlichen ist nicht eine Frage des Pfarrhauses, sondern ein Volksinteresse.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ging ein Antrag ein, den einmaligen Zuspruch an Geistliche als Vorstoß zu genehmigen, dessen Rückzahlung erfolgen soll, sobald die Religionsgemeinschaften durch entsprechende Erlöse die Mittel aufbringen können.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Der soeben verlesene Antrag geht aus unserer prinzipiellen Stellungnahme hervor. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche. Der Sinn des Erörterungsprogramms ist kein kirchenfeindlich, sondern sollte nur den neutralen, demokratischen Staat vom Staatskirchenverpflichtungen ablösen. Dies kann jedoch erst auf Grund kommender Reichsgeetze erfolgen. Die historische Frage der Rechte der Kirchen wollen wir hier nicht behandeln, da schließlich hierbei weder für den Staat noch für die Kirche ein Recht herauskommt. (Geheiß.)

Der Antrag der Sozialdemokratie ist ein gültiger Vergleich vorzunehmen, da haben wir drüben der Rechtsboden schwer nachweisbar ist.

Abg. Karl (D.N.): Die Gehälter der evangelischen Geistlichen waren von jeher sehr bescheiden. Den Staatssteuern kann man sich nicht entziehen; aber den Kirchensteuern kann man sich leicht entziehen. Diese Gefahr wird besonders groß angesichts der Erhöhung der Staatssteuern. Wir sind daher für diese Staatsunterstützung dankbar. Mit einem Vorstoß ist uns nicht geblieben.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) bepricht die Behandlung der Kompetenzen für die Geistlichen. Aller Grund zu Sorgen ist für die Kirchen nicht beboren. Das gläubige Volk muß daher auch in Zukunft mit dem Stimmzettel in der Hand nach dem rechten sehen. Es ist anzunehmen, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Kirchen manches einwirft, was sie früher nicht einwarf. Die Kirche kann bei vielen Dingen den historischen Beweis führen, daß sie ihren Besitz durch Rechtsmittel erworb.

Kultusminister Hummel stellt gegenüber dem Abg. Karl fest, daß die eingestellten Anforderungen vollständig dem entsprechen, was die Kirchen anforderten.

Finanzminister Dr. Wirth erklärt, daß die Kompetenzverträge revidiert werden müssen, wozu die Regierung bereit ist.

Abg. Kaiser-Heidelberg (Soz.): Wenn die Ablösung der Kompetenzen erfolgt, dann darf sie allerdings auch nicht zu den heutigen Höchstpreisen erfolgen, wenn auch die früheren Preise nicht haltbar sind. (Geheiß.) Die Dotationsfrage wird von den Demokraten heute anders behandelt als früher; denn sie wurde nie als unbeschränkter Rechtsanspruch angesehen. Auch das Volk hat sie nie als solchen angesehen. Die Kirche, die befürchtet, daß ihre Leute wegen der Steuern davonlaufen, ist von der Giltigkeit ihrer Lehre nicht zu sehr erfüllt. Wenn der Staat Kirchenmittel aufbringt, so ist für die Staatsbürger ein Kirchenzwang damit verbunden, indem dann der Katholik für die Protestanten und Juden mitbezahlt und umgekehrt. Dieser Zwang sollte deshalb beseitigt werden. Wir anerkennen die Notlage der Geistlichen und sind bereit, sie zu mildern. Wir werden jedoch die Frage auf, wozu der Staat dies tun oder die Kirche. Die Kirche müßte bis jetzt das Kirchensteuerrecht nicht völlig aus. Sonst hätte sie mehr Mittel aufbringen können. Die Dotationen sind zur Aufbesserung der Pfarrgehälter nötig; doch verlangen wir Prüfung der Ablösung und Festhalten daran, daß der Zuspruch ein Vorstoß ist.

Abg. Fehn (Dem.) stellt fest, daß er nur die moralische Grundlage der Dotationen rechtfertigen wollte.

Abg. Frau Schloß (Dem.) stellt gegenüber dem Abg. Kaiser-Heidelberg fest, daß es auch für die gläubigsten Christen eine Grenze des Geldbedarfs gibt.

Abg. Kaiser-Heidelberg (Soz.) betont, daß mit aller Anerkennung der sozialen Aufgaben der Kirche die Dotationsfrage nicht gelöst ist. Wir sind der Ansicht, daß die Kirchen ihre Angelegenheiten selbst erledigen und ihre Mittel aufbringen sollen, wozu wir ihnen die Möglichkeit geben wollen.

Abg. Wittenmann (Zentr.) stellt fest, daß die Höhe des Kirchensteuerrechts nur eine gewisse Norm sein solle.

Kultusminister Hummel erklärt gegenüber dem Abg. Schöfer und Wittenmann, er würde es außerordentlich bedauern, wenn eine große Partei Befürchtungen auf dem Gebiete der Schule habe. Seine Tätigkeit gab nicht den geringsten Anlaß, aufzufordern, mit dem Stimmzettel für die Gläubigen einzutreten. Der sozialdemokratische Antrag, den Zuspruch für die Geistlichen als Vorstoß zu genehmigen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Der Zuspruch für die Geistlichen wird angenommen; die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Nachtrages, förmliche Anfrage über die Eingriffe in das Berufsrecht der Hochschulen sowie weitere Schulinterpellationen.

Schluß der Sitzung 12.40 Uhr.

Badische Politik.

Begonnene Bauten bei der Verwirklichung der badischen Eisenbahnen.

Darüber wurde am Mittwoch nachmittag des längeren im Haushaltsausschuß des badischen Landtags gesprochen. Der § 17 des Staatsvertrags, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen dem Reich und den Ländern regelt, besagt u. a.: „Das Reich ist verpflichtet, die von den Ländern begonnenen Bauten fortzuführen, soweit das Bedürfnis in unveränderter Weise fortbesteht. Es entstand nun in dem Ausschuß die Frage, welche Bauten gelten als begonnen? Die Antwort der Regierung lautet dahin: Damit gelten solche Bauten gemeint, bei denen der erste Spatenstich getan sei, die also angefangen sind. Zu unterscheiden seien solche Bahnen, die bereits durch den badischen Landtag genehmigt sind oder genehmigt werden sollen. Das Reich ist verpflichtet, diese Bahnen entsprechend den Beschüssen der Länder auszuführen. Bei eventueller Weigerung könne der Staatsrat anrufen werden.

Regen der Rheinbrücke bei Magau stellte ein Zentrumsausschützer den Antrag, daß auch solche Bahnen vom Reich auszuführen sind, über deren Entwurf zwischen dem Reich und den beteiligten Ländern eine Einigung in grundsätzlicher Beziehung schon zustande gekommen ist. — Der Antrag wurde auch von den anderen Parteien unterstützt. Die schlimmen Zustände im Heidelberger Bahnhof wurden erneut zur Sprache gebracht. Die Regierung erklärte, die Abhilfe beim Reich als ganz dringlich zu bezeichnen. Auch andere Bahnwünsche wurden nachdrücklich zur Geltung gebracht.

Weim § 17 dreht es sich um die verwaltungstechnische Herstellung der Verbindung zwischen der badischen Regierung und dem Reichsverkehrsministerium, da auch künftig die Möglichkeit bestehen muß, Bahnwünsche nicht nur zur Kenntnis des Reiches, sondern auch des Landes Baden zu bringen. Die Regierung erklärte, daß dazu geeignete badische Beamte im badischen Finanzministerium und im Reichsverkehrsministerium sitzen müßten. Das gelte vor allem für die Zeit des jetzigen Lebergangs der badischen Bahnen an das Reich. Auch nach dieser Richtung soll der Staatsvertrag umgestaltet werden.

Der Kampf um die Schule.

Ein Lehrer in einem kleinen Schwarzwalddorf macht von der ihm durch die Verfassung garantierten Gewissensfreiheit Gebrauch. Er tritt aus der Kirche aus. Da er der einzige Lehrer am Ort ist, kann der Religionsunterricht nicht mehr von ihm erteilt werden; eines der zehn Unterrichtsfächer unserer Volksschule erlangt einer geeigneten Lehrkraft.

Wir haben in Baden die Simultanschule. In der Simultanschule ist der Religionsunterricht ein Fach neben anderen. Ist nicht wie in der Konfessionsschule das Hauptfach schlechthin, ist nicht Unterrichtsprinzip. Wenn nun verlangt wird — und es wird von seiten der Zentrumspresse verlangt —, daß ein Lehrer, weil er dies eine Unterrichtsach, den konfessionellen Religionsunterricht, nicht mehr erteilen kann, den gesamten Religionsunterricht an der dortigen Schule niederlegen müsse, so widerspricht dies dem Wesen der Simultanschule. Es widerspricht natürlich auch der Verfassung. Aber diese Seite der ganzen Angelegenheit soll hier ausgesprochen werden.

Was ist praktisch zu tun, wenn man weder den Boden der Schulverfassung noch der Reichsverfassung verlassen will? Die Antwort kann nur dahin lauten: daß der Staat dafür sorgen muß, daß für dieses ein Unterrichtsach eine andere geeignete Lehrkraft zur Verfügung gestellt wird. Falsch aber ist es zu sagen: der Lehrer paßt überhaupt nicht mehr in die betreffende Schule, er kann auch in anderen Unterrichtsach nicht mehr erteilen, weil er das eine Fach Religion nicht mehr unterrichten kann. Das bedeutet eine Anerkennung des Bedankens der Konfessionsschule. Dazu darf das Ministerium umföweniger die Hand reichen, als es sich auf der Landeskonferenz mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt hat, daß keine Neigung vorhanden ist, an dem Grundgedanken der Simultanschule zu rütteln. Wenn man in diesem Fall aber die Gemeinde aufreißt gegen den Lehrer, so beweist man damit nur, daß man im Ernstfall auf die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers pfeift. Denn es wird keiner behaupten wollen, daß die konfessionelle Erziehung gefährdet ist, weil ein anderer konfessioneller Lehrer katholischen oder evangelischen Kindern Lesen, Rechnen und Schreiben lehrt. Tatsächlich ist dies bei tausenden längst der Fall; denn in den Städten und in konfessionell gemischten Gemeinden werden katholische Kinder von evangelischen oder evangelische Kinder von katholischen Lehrern in den weltlichen Fächern unterrichtet.

Wäre jene Schwarzwalddorfkonfessionell gemischt, etwa mit einer Minderzahl von katholischen Kindern, so müßten diese katholischen Kinder ja auch zu einem nicht-katholischen Lehrer in den weltlichen Unterricht; nicht erst heute, sondern seit Jahrzehnten. Ein Fall, der hundertfach vorkommt, und über den sich noch nie jemand entriistet hat.

Der Fall Föhrental" ergibt also im Grunde seit Jahrzehnten und bisher hat niemand etwas daran auszuföhren gehabt. Warum jetzt auf einmal das Geschrei? Warum die Kulturkampagne einem Zustand gegenüber, der im Grunde eine Ausnahme, sondern die Regel ist — nämlich, daß die Kinder aller Konfessionen in den weltlichen Fächern gemeinsam unterrichtet werden von einem Lehrer, dessen konfessionelle Zugehörigkeit bei diesen Fächern ganz außer Spiel bleibt und daß nur für das eine Fach, Religionsunterricht, Kinder und Lehrer entsprechend ihren religiösen Überzeugungen getrennt werden. So liegen die Dinge seit Jahrzehnten in der Wirklichkeit. Und nicht anders liegt der Fall Föhrental, wenn man ihn vom Standpunkt der Schule und der Gerechtigkeit betrachtet.

Wir fürchten, der Standpunkt der Gerechtigkeit, Lehrer und Eltern gegenüber, wird nie der Standpunkt religiöser Fanatiker sein. Aber der Standpunkt einer Regierung muß er sein und bleiben.

Zur Frage der Redarkanalisation. Die Reichsregierung beabsichtigt, eine Vorlage über die Ausführung der Redarkanalisation auszuarbeiten zu lassen. Sie erwartet dazu schon bis zum 16. d. M. die Antwort der badischen Regierung. Infolgedessen wird der Landtag die Behandlung dieser Frage mit aller Beschleunigung in Angriff nehmen. Der Haushaltsausschuß, dem die Angelegenheit zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen ist, wird sich bereits am Donnerstag nachmittag damit beschäftigen. Abends 8 Uhr wird auf Anregung der Heidelberger Abgeordneten im Plenarsitzungsraum des Landtags eine Versammlung stattfinden, in der unter Teilnahme von Vertretern der beteiligten badischen Gemeinden und der badischen Handelskammern durch Sachverständige die verschiedenen Projekte für die Redarkanalisation erläutert werden sollen, damit den Landtagsmitgliedern eine möglichst einwandfreie Grundlage für ihre Entscheidung geschaffen wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 10. März.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung 12.00 Uhr und teilte mit, daß er anlässlich der am Sonntag bevorstehenden Abstimmung in der zweiten Zone in Schleswig in Uebereinstimmung mit den Parteiführern an die dortige Presse ein Telegramm geschickt habe, das den Inhalt, daß die Nationalversammlung in schicksalsschwerer Stunde den deutschen Brüdern wärmsten Gruß sende. Was deutsch sei, müsse deutsch bleiben. Möge der 14. März die Entscheidung bringen, die Deutschland zurechtzuföhren erwarte.

Es folgt die dritte Lesung des Entwurfs eines Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu § 12 wird ein Antrag Dr. Blund (Dem.) angenommen, wonach bei einem Erwerb von Grundstücken vor dem 1. August 1914 die zehnjährige Frist als erfüllt gilt.

Weim § 13 entspinnt sich eine längere Beratung über die Anträge Arnstadt, die für Betriebe notwendige Rückstellungen als abzugsfähig von den Einkünften festzusetzen und ebenso einen Teil der Beträge für Kulturfördernde, mildbillige, gemeinnützige und politische Vereinigungen.

Unterstaatssekretär Noelle bittet, die Anträge abzulehnen wegen der Notlage des Reiches, trotzdem manches für sie spreche. Bei der Abstimmung ist Hammersprung notwendig. Auf Antrag der Unabhängigen wird besonders abgestimmt über das Freibleiben von Beträgen an Kulturfördernde, mildbillige und gemeinnützige Vereinigungen. Für diesen Antrag stimmen 117 Abgeordnete, dagegen 104. Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag, der sich auf politische Vereinigungen bezieht, wird ebenfalls angenommen. Der Antrag wegen der Rückstellungen wird abgelehnt.

Weitere Paragraphen werden mit geringen Änderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Zu § 23 (Waldnutzungen) wird auf Antrag Gruber (Soz.) Absatz 1 der Regierungsvorlage gestrichen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Abänderung angenommen. (Gesamtstimmung morgen.)

Dritte Beratung des Entwurfs eines Kapitalertragssteuergesetzes

Abg. Richter (D. Sp.): Wir müssen den ungeheuren Steuerbedarf des Reiches berücksichtigen und deshalb werden wir trotz schwerer Bedenken für das Gesetz stimmen.

Zu § 3: Befreiungen von der Steuer, beantragt Abg. Hiesler (Dem.) einen Zuspruch, wonach auch öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, befreit werden.

Der Antrag wird angenommen.

Weitere Absätze des § 3 wird nach gemeinsamen Anträgen der Mehrheitspartei eine abgeänderte Fassung gegeben. Der Rest des Gesetzes wird mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Ebenso das Gesetz in der Gesamtstimmung.

Die zweite Beratung des

Körperschaftsteuergesetz

Abg. Gruber (Soz.) beantragt in § 10 eine Besteuerung der toten Hand.

Unterstaatssekretär Noelle und eine Reihe von Abgeordneten sprechen dagegen.

Der Antrag Gruber wird in namentlicher Abstimmung mit 129 gegen 96 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird mit einigen Abänderungen gemäß den Anträgen der Mehrheitspartei angenommen.

Morgen 1 Uhr: Anfechtungsschrift, Reichseinkommensteuer, Landessteuergesetze usw. — Schluß nach 6 Uhr.

Soziale Rundschau.

Konsum-Verein für Baden-Baden und Umgebung. Wie bereits durch Anzeiger bekannt gegeben, findet morgen Freitag, 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gartensaal der Brauerei Weyer die halbjährliche Generalversammlung des Konsum-Vereins statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige. Die Entwicklung des Konsumvereins ist eine ausgezeichnete, sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl als auch des Umsatzes. Es darf erwartet werden, daß die Generalversammlung eine recht rege Beteiligung vonseiten der Mitglieder aufweist.

Gemeindepolitik.

Gemeindevertreter-Konferenz.

1. Singen (Amt Durlach), 8. März. Die letzten Sonntag, 7. März, im Gasthaus zur „Krone“ hier tagende Gemeindevertreterkonferenz des oberen Fingtales war aus 8 Orten mit insgesamt 54 Teilnehmern besetzt, es waren erschienen 2 Bürgermeister, 12 Gemeindevertreter und 40 Gemeindeverordnete. Landtagsabgeordneter Gen. Weber-Durlach hielt das einleitende Referat über „kommunale Tagesfragen“. In der anschließenden Aussprache wurde besonders das Schreiben der Elektrizitätsgesellschaft, der die Herstellung der Ortsnetze übertragen ist, einer scharfen Kritik unterzogen. In Bezug auf die Wohnungsfrage waren die meisten Redner darüber einig, daß unter den jetzigen Verhältnissen es weder den Pausengesellschaften noch den Gemeinden möglich ist, Wohnhäuser zu erstellen, wenn nicht mehr von Staat und Reich getan wird. Einmütig war die Konferenz in der Forderung der Beibehaltung der Zwangswohnungswirtschaft, die unter keinen Umständen abgebaut bzw. aufgehoben werden darf. Gen. Weber ging in seinem Schlusswort auf die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden der einzelnen Redner ein, er betonte hierbei besonders, daß, wenn noch vieles im argen liege, insbesondere in der Versorgung mit Lebensmitteln, ein Teil Schuld auch das Volk selbst treffe, das nicht selten die Tätigkeit der Wohnungsbeamten dadurch erschwert, daß es die Wucherer und Schieber in Schutz nimmt. Absieits wurde dem Antrag zugestimmt, daß im Monat Mai wieder eine solche Konferenz stattfinden soll, als Tagungsort wurde Biffertingen bestimmt.

Jugend und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sport-Bund.

Stand der Serienspiele im 3. Bezirk, 10. Kreis.

Vereine	Spiele gewonnen		unents.	verl.	Punkte
A-Klasse.					
Durlach I	14	12	1	1	25
Dagsfeld I	13	11	1	1	23*
Narlsruhe I	14	8	2	4	18
Durmersheim I	12	7	1	4	15
Kleinheubach I	14	6	1	7	13
Eitlingen I	16	5	1	10	11
Hofstättweiler I	14	5	—	9	10*
Spöck I	13	2	2	9	6
Döhenwetterbach I	14	3	—	11	6
B-Klasse.					
Durlach II	14	12	—	2	24
Dagsfeld II	14	12	—	2	24*
Kleinheubach II	12	8	—	4	16
Durmersheim II	14	6	1	7	13
Narlsruhe II	14	6	—	8	12
Spöck II	14	5	1	8	11
Eitlingen II	16	5	—	11	10
Döhenwetterbach II	14	3	1	10	7*
Hofstättweiler II	14	3	1	10	4

Privatspiel Heilbronn I—Spöck I 0:4, Privatspiel Heilbronn II—Spöck II 0:1.

* Von den Mannschaften stehen die Resultate noch aus.

H. S. B. und Sport.

Ein Parteigenosse, der auch eifriger Sportler ist, schreibt uns: In dem Organ der Unabhängigen, der „Soz. Republik“, vom 27. Februar, steht unter der Rubrik „Aus der Partei“ zu lesen, daß zwei Veranstaltungen von Parteimitgliedern keine Abmachungen getroffen werden dürfen. Schreiber dieses findet den Beschluß insofern komisch, da sich gerade die Mitglieder der H. S. B. in den Versammlungen der Sportler alle Mühe geben, auch ihr Organ zum Zwecke des Interesses und Benutzung des Vereinsangehörigen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ich kann jedoch nicht annehmen, daß man in den Kreisen der Sportler über diesen Beschluß sehr beunruhigt ist, ich glaube aber, daß, nachdem die Leistungen der Sportsorganisationen, bemüht sind, Zersplitterungsverfälschungen abzumildern, solche Beschlüsse im Interesse des Ganzen besser unterbleiben würden.

Aus dem Lande.

Durmersheim, 10. März. Hohe Holzpreise wurden bei der Stammholzversteigerung unserer Gemeinde im Oberwalde erzielt. Eine Eiche mit 4,75 Festmeter kostete 22 000 M., der größte Abschnitt von ihr 17 000 M. Die ganze Eiche erbrachte mit sämtlichen Abzweigen über 55 000 M. Eine andere Eiche mit etwa 6 Festmetern kam auf 26 000 M.

Forstheim, 10. März. In der Nähe der Station Reichenbach auf der Strecke von Gallo nach Forstheim kürzte ein 19-jähriges Mädchen aus Reichenbach aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge und erlitt lebensgefährliche Verletzungen am Hinterkopfe.

Freiburg, 9. März. Im Hinblick auf die bestehende Überfüllung der zahnärztlichen Poliklinik können Studierende der Zahnheilkunde im kommenden Sommersemester in Freiburg nicht mehr zur Immatriculation zugelassen werden. Eine ähnliche Verfügung hat auch die Heibelberger Universität erlassen.

Zauberhofsheim, 10. März. Der 30-jährige Karl Ludwig Trunk aus Mündental wurde seit Kriegsbeginn vermisst und nun nahm an, er sei gefallen. Seine Frau hatte sich in der Annahme, der Mann werde nicht mehr unter den Lebenden, zum zweiten Mal verheiratet. Jetzt kam die Nachricht, daß Trunk wieder deutschen Boden betreten hat.

* Die Abgabe von Fortschennüssen. An die Fortschänker ist die nachfolgende Anweisung ergangen: Im Hinblick auf den Anfall in der Einfuhr von Streumitteln und der Schwierigkeit des Bezugs von künstlichen Düngern muß zur Erhaltung des für die Volksernährung nötigen Viehfutters in weitgehendem Maße auf die Waldtreue und die im Walde wachsenden Futterpflanzen geachtet werden. Die Ferner werden deshalb angewiesen, die landwirtschaftliche Bevölkerung im Sinne der in der Kriegszeit ergangenen Verfügungen in jeder Hinsicht zu unterstützen.

* Ein Abkommen in der Tabakfrage wurde auf einer in Mannheim abgehaltenen Tagung des Finanzausschusses der deutschen Tabakhandelsgesellschaft erzielt. In den Beratungen waren auch die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen geladen. Das Abkommen lautet: 1. Zu den Grundpreisen sollen 150 % Zuschlag bewilligt werden. Die bewilligten 30 % Steuern fallen weg. Der Tabak wird sich also auf ungefähr 1000 bis 1200 M für den Zentner stellen; 2. Die Gemeinden, die abgefakelt haben, sollen nachbezahlt werden; 3. Die Gemeinden, die ihren Tabak selbst verzehren, bekommen den gleichen Ruben, wie die Händler; 4. Sämtliche Strafverfahren sollen zurückgezogen werden und 5. Die 1920er Tabakernte wird freigegeben.

Wasserstand des Rheines.

Schusterinsel 107, gef. 1, Rehl 217, gef. 6, Magau 103, gef. 6, Mannheim 320, gef. 4 Zentimeter.

Zur Abschaffung des Trinkgeldes im Gastwirtschaftsgewerbe.

Wie wir am Dienstag berichteten, haben die Gastwirtschaftsangehörigen in Baden einen neuen Tarifvertrag an die Arbeitgeber eingereicht. Da es sich in diesem Vertrag in der Hauptsache um die Abschaffung des Trinkgeldes dreht, überfand uns der Verband der Gastwirtschaftsgehilfen zur Orientierung der Öffentlichkeit nachstehenden Artikel zu dieser Materie. Er schreibt:

Die Kämpfe der gastwirtschaftlichen Angestellten auf Beseitigung des Trinkgeldes haben bereits in den meisten Städten Deutschlands dazu geführt, daß die Entlohnung der Angestellten durch festen Gehalt resp. durch das Prozentumkehrsystem geschieht. Unser Standpunkt ist, daß die feste Bezahlung der Angestellten der einzig richtige Weg ist, um die Trinkgeldderfrage zu lösen. Das Bestreben der Angestellten, genau wie jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte für seine geleistete Arbeit bezahlt zu werden, geht an die 100 Jahre zurück. Gewöhnlich ist bis zur Beendigung des Krieges die Abschaffung 1. an dem Widerstand der Unternehmer und 2. an dem Starrsinn einzelner Kellner, die durch Einführung des festen Gehaltes eine Schädigung ihres Einkommens befürchteten. Die Bezahlung der nahezu gesamten Angestellten im Hotel- und Wirtschaftsgewerbe durch die Gäste ist für den Arbeitgeber natürlich ungenügend. Man bedenke: Zwei Drittel der Angestellten werden vom Wirt bezahlt und für nur ein Drittel hat der Arbeitgeber aufzukommen. In welcher Höhe sich diese Löhne bewegen, ist der Allgemeinheit ganz gewiß nicht bekannt.

In vielen Städten Badens, besonders im Schwarzwald, werden Löhne für weibliche Angestellte im Betrage von 25 — höchstens 60 M pro Monat bezahlt mit freier Kost und Wohnung bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 14 Stunden im Tag. Berechnet man die Höhe der Preise für alle Bedarfsgegenstände, so sieht man, unter welchen Verhältnissen die gastwirtschaftlichen Angestellten, insbesondere das weibliche Personal, zu arbeiten gezwungen ist. Der Gegensatz der gastwirtschaftlichen Betriebe mit denen des Handwerks und der Industrie ist so groß, daß eine Beleuchtung hier am Platze ist. Der 8. März ist der Tag, der für alle gewerblichen Betriebe gesetzlich festgelegt ist, wird und muß in der Industrie eingehalten werden. Im Gastwirtschaftsgewerbe jedoch wird von behördlicher Seite so gut wie gar nichts getan, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Ebenfalls ist es nicht angebracht, die Bezahlung des Industriearbeiters dem Volke zugunsten, wie es im Gastwirtschaftsgewerbe üblich ist. Nehmen wir ein Beispiel. Ein Schreiner bekommt eine Einrichtung in Auftrag. Er berechnet Materialkosten und Verdienst. Die Bezahlung der Arbeiter überläßt er dem Käufer. Genau dasselbe Verhältnis besteht bei den Gastwirtschaftsangehörigen, nur in anderer Form. Was würde die Arbeiter- und Beamtenschaft sagen, wenn sie gezwungen wäre, ihren Verdienst durch Almosen und Spenden zusammen zu betteln. Ein ganzer Stand jedoch, hunderttausend von freien deutschen Staatsbürgern werden durch diese Entlohnungsart zum Almosenempfänger, zum Bettler, gestempelt. Auf die Charakterbildung besonders der weiblichen Angestellten kann dies keine günstige Wirkung ausüben. Deshalb kann man es nicht verstehen, daß es noch Verbesserungsversuche, insbesondere gebildete Kreise gibt, die die Abschaffung des Trinkgeldes befürworten und so den Arbeitgebern den Rücken stärken, um der Allgemeinheit Beweise zu bringen, das Publikum sei mit der Abschaffung des Trinkgeldes nicht einverstanden. Daß mit der Abschaffung des Trinkgeldes das Standesbewußtsein, besonders das der weiblichen Bedienung sich hebt, wird jedem Einseitigen klar sein. Manche Kellnerin, die durch die Löhndinge des Trinkgeldes und durch die Notwendigkeit sich einen Verdienst zu verschaffen, der Prostitution in die Arme getrieben wurde, wird bei anfänglicher Bezahlung ganz gewiß nicht mehr um die Summe des Gehalts buhlen. Zum Schluß sei noch bemerkt: Alle Einwände, die bis jetzt von manchen Seiten vorgebracht wurden, wie z. B. das Gewerbe ginge zu Grunde usw. usw. haben sich nicht bewahrheitet.

Trotzdem das Wirtschaftsgewerbe nachweislich eines der rentabelsten ist und die Bezahlung des Personals zum großen Teil vom Arbeitgeber getragen werden könnte, verziehen es dieselben, die Lohnforderungen der Angestellten einfach auf das Publikum abzuwälzen und so muß eine größere Verteuerung der Speisen und Getränke usw. erfolgen. Hier wäre dem Preisprüfungsamt Gelegenheit gegeben, die Preisrückstellungen im Wirtschaftsgewerbe zu prüfen, ob dieselben auch wirklich den Verhältnissen entsprechend eingetreten sind.

Aus der Stadt.

Narlsruhe, 11. März.

Heinrich Heine und die Dichter.

Necht zeitgemäß wirkt folgendes Gedächtnis des großen Spotters und Zynikers, an das unser Grandenburger Parteiblatt zu guter Zeit erinnert.

Walt verhasst uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes spenden,
Nicht um doppelt zuguzutreten
Und die Leute aufzukäufen
In den großen Eidentrübren,
Wo gewisse Leute um
Ihren Namen auszusprechen,
Dürfen wir uns nicht erheben —
Dängen würden wir sie gern,
Doch sie sind so große Herren:
Philantropen, Ehrenmänner,
Manche sind auch unsere Gönner.
Und man macht aus deutschen Eichen
Keine Galgen für die Reichen.

Die gestrige Vertrauensmännerversammlung

des sozialdemokratischen Vereins war leider nur mäßig besucht. In 1 1/2 Stunden vortrefflichen Ausführungen sprach Gen. Landtagsabg. Berkmann über die in den vergangenen Tagen im Landtag stattgefundenen politischen Debatten.

Gen. Weismann führte aus: Die politischen Landtagsdebatten drehten sich hauptsächlich um zwei Fragen: Republik und Zwangsverwaltung. Die Sozialdemokratie ist von jeher für die republikanische Staatsform eingetreten. In der Debatte hat nun das erste Mal ein bürgerlicher Minister, der Zentrumsmann Dr. Wirth, ein Hoch ausgebracht auf die Republik und den jungen Volksstaat. Die Herren Deutschnationalen wollen die Monarchie nicht durch einen Gewaltstreich wieder aufrichten, sondern angeblich mit gesetzlichen Mitteln. Charakteristisch während der ganzen Debatte war die scharfe Gegeneinstellung der Reichsparteien gegen die Deutschnationalen, in denen sie ganz richtig die Vertreter unserer ungeliebten Kriegstreiberpolitik sehen, die so viel unangenehmes Leid in die Welt gebracht hat.

Den Vorwurf der finanziellen Miswirtschaft konnten die Deutschnationalen nicht aufrecht erhalten und sie haben sich dann damit herausgeredet, daß dies für Baden nicht zuträfe, sondern im allgemeinen gemeint war. In Baden haben wir einen Angriff auf die Republik von rechts nicht zu befürchten, denn dazu sind die Deutschnationalen zu schwach. Aber auch eine sogenannte Mätereipolitik, ausgerichtet von den Linkstabilen, könnte bei der derzeitigen Stimmung der verschiedenen Bevölkerungsschichten sich nicht halten.

Die Zwangsverwaltung kann noch nicht aufgehoben werden; das ist im Landtag von allen Seiten anerkannt worden. Wer trotzdem weiterhin für die Aufhebung eintritt, tut dies lediglich aus agitatorischen Gründen. Diese Agitation hat inzwischen leider dahin geführt, daß die Bauern mitunter nur ablehnen, was sie wollen und nicht mehr. Die Verhältnismäßigkeit der ländlichen Bevölkerung für die Lage in den Städten ist noch recht groß, denn man hat auf dem Lande noch immer nicht erkannt, was es bedeutet, wenn 50 % der Kinder untertöds, also idiotenmäßig veranlagt sind. Man sollte nicht Zwangsverwaltung sagen, sondern Notwirtschaft. Die Verbraucherverorganisationen müssen ausgehoben werden.

Der Redner machte dann noch interessante Ausführungen über Erwerbslosenfrage, Wohnungsfrage, Siedlungsfrage, die Redarmanisation, Vereinfachung der Staatsverwaltung und die Vereinfachung der Eisenbahn.

An die Ausführungen schloß sich eine anregende Debatte. Nach dem Schlußwort des Referenten machte der Versammlungsleiter, Gen. Schwertli, noch einige geschäftliche Mitteilungen.

Zur Fleischversorgung

Schreibt uns ein Parteigenosse: Bekanntlich hat die soziald. Fraktion in der letzten Bürgerversammlung den Antrag eingebracht, daß die Stadtbewohner die Fleischversorgung in eigene Regie übernehmen möge. Von der Arbeitererschaft wurde dieser Antrag sehr begrüßt. Anders denkt jedoch der Stadtrat darüber, denn er gibt z. B. bekannt, daß der Pferdefleischbetrieb wieder an die hiesigen Pferdeschlächter abgegeben werde. Nun ist allerdings Tatsache, daß die Stadt bisher beim Pferdefleischverkauf Geld zulegen mußte, was aber jedoch kein Grund sein darf, daß man

den Pferdefleischbetrieb an Private abgibt. Wenn der Betrieb sich nicht rationell gestaltet, so muß eben nach der Ursache geforscht und dem Uebel abgeholfen werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß kein Mensch etwas dagegen hätte, wenn die Abgabe des Fleisches zum Selbstkostenpreis erfolgt wäre. Aber die Übertragung des Fleischverkaufs an Private ist eben einfacher und bequemer; ob die Verbraucher dabei auf ihre Rechnung kommen und ihr Interesse gewahrt bleibt, ist natürlich eine andere Frage. Hoffentlich ist in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Zu dem Artikel „Zur Fleischversorgung“ in Nr. 2 unseres Blattes sendet uns das Städt. Schlacht- und Viehhof-Amt eine längere Aufklärung, in der es in Bezug auf die Preise u. a. heißt:

„Während für das Jahr 1913 die Preise richtig angegeben sind, ist in der Berechnung für das Jahr 1918 dem Verkaufspreis von 3,80 M ein Einkaufspreis von 1,90 M, statt 4,15 M gegenübergestellt. Die Metzger haben also nicht einen Nettogewinn von 2 M für das kilo erzielt, sondern einen Verlust von 1 M am Fleischverkauf von 3,4 M, ihren Verdienst aber in dem Erlös aus Eingeweiden und der Haut gefunden, was bemerkt wird, daß der Hautpreis 1918 noch normal war und 1,80 M für ein Hund betrug. Ihr Gewährsmann hat den Preis für Lebendgewicht als Preis für Schlachtgewicht angenommen und infolgedessen für 1918 einen doppelt höheren Gewinn herausgerechnet, als sich tatsächlich ergibt.“

Wir geben dieser Aufklärung gerne Raum, da sich unser Gewährsmann anscheinend getrt hat und uns darum zu tun ist, den wahren Sachverhalt festzustellen. Allerdings finden wir es sehr sonderbar, daß das Städt. Schlacht- und Viehhof-Amt sich als Anwalt der Herren vom Schlachthaus aufspielt. Die Konsumenten würden nichts dagegen haben, wenn zwischen ihnen und dem Schlacht- und Viehhof die gleich einen Vermittler bestanden würden. Was übrigens den angeführten „Verlust“ anbelangt, so ist derselbe, wie sich aus der Aufklärung ergibt, recht gut zu ertragen, denn es heißt zum Schluß, daß unser Gewährsmann einen doppelt höheren Gewinn herausgerechnet, als sich tatsächlich ergibt. Der von unserem Gewährsmann berechnete Gesamtverdienst betrug 4 771 040 M., nach den Angaben des Städt. Schlacht- und Viehhof-Amts ist er doppelt so hoch, somit hätten die Herren Metzgermeister doch noch einen Verdienst von 2 385 520 M. Der Notwendigkeit, die Fleischversorgung in städtische Regie überzuführen, ist also diese Aufklärung kein Hindernis, im Gegenteil, sie unterstreicht die Notwendigkeit unserer Forderung, gegen die an sich selbst das Städt. Schlacht- und Viehhof-Amt als schon jetzt bestehender Bestandteil einer kommunalen Einrichtung hoffentlich nichts einzuwenden haben wird.

Juristisches des Winters. Auf die sonnigen Tage der letzten Woche hat uns die launige Natur wieder mit einer sehr empfindlichen Kälte heimgesucht. Heute morgen lag ein gewaltiger Frost über den Fluren. Ein Gliaz, daß bei uns die Bäume und Sträucher leinen oder nur einen bescheidenen Anlauf zum Frühlingsgrün haben, denn sonst hätte der Schaden ein recht großer werden können. Auch die Gartenbesitzer, die den Kofford, als erster in der Gartenbestellung auf dem Plane zu erscheinen, nicht mitmachen, werden ob ihrer Zurückhaltung herzlich froh sein. Im Gegensatz zu uns hat die Kälte, wie gemeldet wird, in anderen Ländern, so z. B. in Frankreich, an den in der Wüste vorgeschrittenen Ostbäumen großen Schaden angerichtet. Auch in den Familien, wo neben den Nahrungsgütern auch die Brennstoffe dem Familienleben das Gedränge gibt, ist die jetzige Kälteerscheinung ein sehr unangenehmer Gast. Man sagt zwar, strenge Herren zögern nicht lange. Möge sich dieses Sprichwort auch bei der Kälte bewahrheiten und wir vertrauen deshalb auf das Dichtwort: Und drüß der Winter noch so sehr, es muß doch Frühling werden!

Sozialdemokratische Geistesarbeiter! Freitag, 12. ds. Monats, abends 7 Uhr pünktlich, Versammlung im Konfordia-saal, Rönninger. Referent Gen. Oberbaurat Funk über: Die Landwirtschaft im Krieg und die bestehende Teuerung. Das aktuelle Thema erfordert vollständigste Erscheinung der Mitglieder. Diskussion. Gäste und Parteifreunde willkommen.

Auskunftsstelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Das Versorgungsamt Karlsruhe (gesetzliche Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Badens) hat eine Auskunftsstelle eingerichtet. Zweck dieser Einrichtung soll sein, allen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in persönlicher Aussprache weitgehende Auskunft zu erteilen über die Forderungen, die jedem Betroffenen gesetzlich zufließen, und jedem bezüglich zu sein, der derartige Versorgungsansprüche einreichen will bezw. dessen Rentenverfahrens bereits eingeleitet, aber noch nicht entschieden ist. Es wird also jedem, der sich über seine Versorgungsansprüche Klarheit verschaffen will, empfohlen, sich mündlich oder schriftlich an die Auskunftsstelle des Versorgungsamts Karlsruhe (Neue Artilleriekaserne) zu wenden.

Der Heimtransport unserer Gefangenen aus Frankreich beendet. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Heimtransport aus Frankreich im großen und ganzen als beendet anzusehen ist. Zur Abholung der noch in Port Said befindlichen 700 Heimkehrer aus Indien wurde der Dampfer „Hypocrit“ gechartert, der am 15. März in Alexandria eintrifft wird. Für die Heimbeförderung der in Ägypten befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sind die japanischen Dampfer „Subon Maru“, „One Maru“ und „Sansei Maru“ gechartert, die im Mai nach Japan anlaufen. Inzwischen wird das Eintreffen dieser Schiffe nicht abgewartet, sondern unabhängig davon erfolgt bereits der Abtransport durch den von der deutschen Kommission in Madras gecharterten Schiffsräum, über dessen Umfang genaue Nachrichten noch nicht vorliegen. Der angekündigte Transport aus Sompotrand mit 508 Heimkehrern ist am 8. ds. Monats in Heilsberg eingetroffen.

Bereitete Erklärung. Die Führer des Landesprelatsen haben, wie eine Korrespondenz meldet, 2 Kassen mit ärztlichen Instrumenten, die einen hohen Wert darstellen und jedenfalls aus militärischen Beständen stammen, in dem Augenblicke beschlagnahmt, in dem sie ins Ausland verschoben werden sollten. Drei an der Schiedung beteiligte Personen wurden verhaftet. Einer der Schieber wollte sich unter die Lokomotive eines Zuges werfen, wurde aber davon gehindert. Wenige Tage zuvor wurden in Forstheim 40 Pfund Gold und Silber beschlagnahmt, die ebenfalls fürs Ausland bestimmt waren. Auch in diesem Falle wurden die Schieber verhaftet.

Todesfall. Im Alter von 67 Jahren ist Frau Emma Thiergarten, geb. Thoma, die Witwe des vor 10 Monaten verstorbenen Verlegers der „Badischen Presse“, Ferdinand Thiergarten, heute Mittag an den Folgen eines Schlaganfalls der sie vor 14 Tagen heimsuchte, gestorben.

Verhaftet wurden: eine ledige 24jährige Arbeiterin aus Neuburg, welche am 8. ds. Monats, in der Peter- und Paulsstraße ihr 6 Wochen altes Kind aufgefressen hat.

Brandstiftungen. Durch Explosion eines Ofens entstand gestern in einer Wohnung der Friedenstraße ein großer Brandstiftungen.

Diebstahl. Aus einem Gartenhaus in der Kriegstraße wurden in der Nacht vom 9. auf 10. März Wäschstücke im Werte von 500 M., welche zum Trocknen dort aufgehängt waren, von unbekanntem Täter entwendet.

Stiftung. Morgen geöffnet. Die umfangreiche Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist morgen geöffnet. Die Bücherabgabe findet von 10 bis 12 Uhr in der Volkshochschule, Adlerstraße 16, statt. Benötigt heißt die Bibliothek, denn: Wissen ist Macht!

Die Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande soll auch in diesem Sommer wieder durchgeführt werden, nachdem sich die Ärzte, besonders die Schulärzte dahin ausgesprochen haben, daß der Landaufenthalt der unterernährten und schwächlichen Stadtkinder eine zwingende Notwendigkeit ist. Auf Anregung des Ministeriums des Innern fand eine Besprechung mit den konfessionellen Verbänden, dem Badischen Frauenverein und anderen charitativen Organisationen statt, wobei von diesen die Bereitwilligkeit ausgedrückt wurde, wie in den vergangenen Jahren auch jetzt wieder die Vermittlung der Unterkunftsstellen zu übernehmen.

Dr. Kriegsgefangenenheimkehr. Am Dienstag nachmittags fuhr nach mehrwöchiger Pause ein Lazarettzug hier durch. Er führte 100 schwerkranke Heimkehrer, die nach dem Hospital in Dresden weitergeleitet wurden. Der Transport kam aus St. Michael. Der Singchor des Lehrerinnen-Seminars unter Leitung des Herrn Seminarzuziehlers Bernhard erstreute die Heimkehrer durch den Vortrag von Weihnachtsliedern. Das rote Kreuz und die Kriegsgefangenenheimkehr bedachte die Heimkehrer in üblicher Weise.

m. Danksagen. Die am letzten Samstag abgehaltene Parteiverammlung war gut besucht. Genosse Müller-Büchler erläuterte Bericht über die Vorkriegsberatung im Bürgerausschuß. In der Diskussion wurde auch über die Fleischversorgung gesprochen und das Vorgehen unserer Fraktion in dieser Frage gutgeheißen. Des Weiteren wurde beschlossen, am Samstag, 1. Mai, abends, eine Kaffeeveranstaltung unter Mitwirkung sämtlicher hiesiger Arbeitervereine. Wir möchten dies hiermit den betr. Vereinsvorständen zur Kenntnis bringen, damit sie sich bei Festlegung von Veranstaltungen danach richten mögen.

Bei dem Festakt 5 (Sofienstraße 100 a) sind die Scholier künftig an Werktagen von 6 Uhr nachmittags bis 7 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft Badischer Blinder e. G. m. b. H. hier hielt am 27. Februar in der „Alten Brauerei Kammerer“ ihre Generalversammlung ab. Die fast ausschließlich aus Kriegs- und Friedensblinden bestehenden Mitglieder waren sehr zahlreich erschienen. Gegründet mit Unterstützung des Badischen Seimatins konnte die Genossenschaft ihrer Aufgabe, Beschaffung der von den Blinden zur Ausübung ihrer Berufe — Kart- und Bürstenmacherei — benötigten Rohmaterialien und Absatz der sowohl in der eigenen Werkstatt, als auch von den einzelnen Genossen hergestellten Waren, in vollem Umfange nachkommen. Der günstige Geschäftsgang bringt den Wunsch der Genossen, in nicht zu ferner Zeit den Geschäftsbetrieb bald in größerem Umfange in einem eigenen, zweckentsprechend eingerichteten Heim zu betreiben, der Erfüllung näher. Die Leitung der Genossenschaft liegt in guten Händen und ist zu erwarten, daß sie zum Segen ihrer vom Schicksal so schwer betroffenen Mitglieder auch im neuen Geschäftsjahr recht erfolgreich wirken kann.

Veranstaltungen.

Kunstabend. Der am Sonntag, 14. März, abends 7 Uhr, im Saale des Arbeiterbildungsvereins stattfindende Kunstabend dürfte durch sein Programm besonderes Interesse erregen. Herr Konzerthänger Willy Effler wird eine Arie aus der Oper „Freischütz“ von Weber singen, ferner Lieder von Schumann, Schubert und Brahms, Frau Elisabeth Stürmer (Violine) wird Werke von Mozart, Mendelssohn usw. spielen. Die Veranstaltung wird geleitet von Bruno Stürmer. Karten zu 1.4. 10. 3 in der Expedition unseres Blattes und beim Hausverwalter des Arbeiterbildungsvereins.

Eine Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Krieger veranstaltet am nächsten Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die Bürgerchaft des Bezirkes Vierzehnteim. Erfreulicherweise ist es gelungen, für diese Dankfestung alle Vereine und Organisationen ohne Rücksicht auf politische und konfessionelle Sonderinteressen zur Mitwirkung zu gewinnen. Weiter werden verschiedene Ansprachen gehalten werden.

Der Instrumentalverein Karlsruhe bringt in seinem 3. Vereinskonzert am nächsten Dienstag wiederum eine Reihe fast unbekannter Werke zur Aufführung. Von allem eine Suite für Streichorchester von dem vor zwei Jahren hier verstorbenen Hofkapellmeister Max Strauß, sowie eine wenig bekannte außerordentlich wirkungsvolle Sinfonie von Robert Schumann. Als Intermezzo steht in der Mitte des Programms die Lustige Waldmuit von Joh. W. Krieger (1849 bis 1923) für 2 Oboen, Engl. Horn und 2 Fagotte. Da auch in den Solisten Teil, Hilde Lange eine gebiegene Konzertsängerin gewonnen ist, darf man auf einen genussreichen Abend rechnen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 9. März. Die „Berl. Lokalzeit.“ meldet, haben in der 1. Märzwoche infolge der 100 % - Erhöhung der Eisenbahntarife nach Meldung einiger Eisenbahnreaktionen die Eisenbahnen aus dem Personenverkehr sehr erheblich nachgelassen. Die Abwanderung in die 3. und 4. Wagenklasse hat sich so vergrößert, daß sich eine andere Zusammenstellung der Züge herausgestellt hat.

Beirat, 9. März. Nach endgültigen Feststellungen forderte das Explosionsunglück auf dem rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk insgesamt 14 Tote, 21 Schwerverletzte und eine große Anzahl Leichtverletzte. Der Sachschaden ist sehr groß.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Aufführung in Dalberstadt. Am 12. März erlebt das Stück „Der Nord“ unseres Genossen Dr. Herbert Kühn, Schriftleiter vom Dalberstädter Tageblatt (Sozial. Organ) am Dalberstädter Stadttheater seine Aufführung. Es handelt sich um ein für die moderne Kunst richtunggebendes Werk. Die Kunstkritik schenkt dem Stück die größte Aufmerksamkeit. Wir werden über den Erfolg der Aufführung berichten.

Briefkasten der Redaktion.

Schweizer Abonnent. Für die Schweizer Versicherten der deutschen Versicherungsgesellschaften besteht trotz des niedrigen Marktwertes keine Gefahr der Schädigung, da die in der Schweiz zu zahlenden Prämien in Frankenschilling eingezahlt und in der Schweiz deponiert werden. Die eingehenden Prämien reichen aus, um die laufenden Verbindlichkeiten zu decken. Deshalb hat auch das eidgenössische Versicherungsamt die Hinterlegung der Konten auf längere Zeit befristet. Die in den letzten Tagen erschienene Auffklärung des Schw. B. L. dürfte nach der Richtung auch in den dortigen Versicherungskreisen beruhigend gewirkt haben. Durch den Friedensvertrag werden sie nicht geschädigt. Der deutsche Markwert bleibt schließlich für sie außer Betracht, steigt aber doch auch wieder mit der zunehmenden Produktionsmöglichkeit in Deutschland.

1. Eine eigentliche Verkaufsstelle speziell für Kriegsbeschädigte existiert nicht. Aber wenden Sie sich an den Bad. Bauverein, Karlsruhe, Karl Friedrichstraße 22, wo Kriegsbeschädigte Vergünstigungen erhalten können. Näheres darüber erfahren Sie dort.

Verantwortlich: für Veranlagung, Deutsche Kraft, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Deutsche Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beilagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Bruchsal. („Die Naturfreunde.“) Donnerstag abend 8 Uhr in der „Wald“ Versammlung. 2203
Heidelberg. (Sozialdemokratischer Verein.) Samstag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Badischer Hof“ Monatsversammlung. Um vollständiges Erscheinen bitten. 2199
Der Vorstand.

Flüchtige, gelernte
Blechner, Kupferschmiede
Karosserie-Lackierer
Möbel-Schreiner
Autogene Schweißer perfekt für dünne Bleche
werden sofort eingestellt bei der Firma
Benz-Werke, Gaggenau i. Murgtal.

Schneider Bauarbeiter-Genossenschaft
„Selbsthilfe“ Karlsruhe
Wilhelmstraße 47
Die Genossenschaft empfiehlt sich allen Behörden, den Herren Architekten und den sonstigen Interessenten zur
Übernahme von Bauarbeiten
aller Art.
Insbesondere empfehlen wir uns zur
Ausführung von Reparaturen
zu günstigen Preisen.
Ankünfte werden bereitwillig erteilt in unserer Geschäftsstelle, Wilhelmstr. 47.
Der Vorstand.

Malerlehrling
Sucht bei günstigen Bedingungen Aufnahme im Malergeschäft 2156
Schützenstraße 39.

Sacco-Anzüge
neu, grau, schwarz u. br. ge-
färbt, Gr. 48/50, preis-
wert abzugeben.
2200
Essenweinstr. 32 II.

Flaschen Lumpen Papier Felle
Hohlware, Metalle, Eisen-
blech- und Blechgerätem
Kauf: Feuerstein, Solanen-
straße 26, Telefon 3481.

Metallbatten Stahlbr.-
Küchengeräte, Polster an
Biederstein, Katalog frei.
Eisenmühlstr. 10, I. 2.

Druckmaschinen liefert
Buchdruckerei Volksfreund

Tüchtiger Damenschneider
und ein Tag Schneider
gesucht. I. Tarif
Paul Rees, Baden-Baden.
Lichtentaler Allee 6.
2207

Stenotypistinnen
werden dauernd
gesucht.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstr. 100 (weibl. Abtlg.)

Dankagung.
Herr Ingenieur Paul Sch. Mithaber der Firma
Eggen & Co., Baugesellschaft m. b. H. hier, hat mir den
Betrag von Einundzwanzig Mark zur Verteilung an arme
und kranke Kinder übergeben. Für diese reiche Gabe
spreche ich namens der Bedachten meinen herzlichen Dank aus.
Karlsruhe, den 9. März 1920.
Der Oberbürgermeister.

Reinigung der Wasserrohrstränge.
Von Donnerstag, den 11. März bis Samstag, den
20. März 1920 wird die mechanische Reinigung der Wasser-
rohrstränge in der Ettlingerstraße, Winterstraße,
Kuanenstraße, Wilhelmstraße und Marienstraße so-
wohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.
644
Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erhö-
hungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht
vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich
in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen.
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Anruf zur freiwilligen Kartoffelabgabe.
Ein großer Teil unserer Mitbürger ist ohne jeden
Vorrat an Winterkartoffeln und infolgedessen in einer
großen Notlage.
Durch das Ausbleiben jeglicher Kartoffellieferung
aus den Landbezirken ist es dem Rohrohnmittelamt
zur Unmöglichkeit geworden, dieser Not zu steuern.
Wir richten deshalb an die Haushaltungen, die mit
Winterkartoffeln an Kartoffeln versehen sind, die dring-
ende Bitte, und durch eine freiwillige Abgabe von Kar-
toffeln, die zur Hebung von besonderen Notlagen ver-
wendet werden sollen, zu unterstützen.
Die Abgabe sollte sich auf Mengen von nicht unter
30 Pfund erstrecken. Die Kartoffeln werden von uns
abgeholt und sofort bezahlt. Wir vergüten für das
Pfund 20 Pfennig.
Erklärungen über freiwillige Kartoffellieferung
können und mündlich oder schriftlich (Nahrungsmittel-
amt, Abteilung Kartoffelabgabe, Fernsprecher 5407,
5337, 5469) gemacht werden.
Die Abholung der zur Verfügung gestellten Kar-
toffelmengen wird titelweise von Haus zu Haus
erfolgen.
Karlsruhe, den 5. März 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bruchsaler Anzeigen.
Allgem. Ortskrankenkasse
Bruchsal.
Wir suchen für unser Schulungsheim Herren als zum
sofortigen Eintritt ein.
Lohn nach Uebereinkunft. Anmeldungen unter Befügung
von Zeugnissen sind zu richten an den
Vorstand der Ortskrankenkasse Bruchsal.
Offenburger Anzeigen.
Fest-Verforgung.
Ab Samstag, den 13. März wird verkauft:
Butter: Rohmenge 50 Gramm 82 Pf., gegen die Fett-
menge 16 Pf. für die Kunden der Fettverfah-
rens-Dehmer, Drieberg, Erle, Faby, Höfer,
Janger Koch, Keller, Müller, Kopf, Konsumverein
Baden-Baden, Konsum Spinnerei, Lang, Rein-
hold & Meber.
Die Butter wurde uns von der Bad. Landesfettstelle
zugehört.
Anmerkung für die Handlungen: Die Butter wird
Freitag, nachmittags von 2-4 Uhr in der Städt. Milch-
zentrale abgegeben.
648
Offenburg, den 10. März 1920.
Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntgabe der Preise für Tabakwaren.
Aufgrund des § 12 Ziffer 5 der Bundesratsver-
ordnung vom 25. 9. 1915 über die Errichtung von
Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung
(R.G.B. S. 607) in der Fassung der Verordnung vom
4. 11. 1915 (R.G.B. S. 723) wird mit Zustimmung des
Ministeriums des Innern für die Stadt Offenburg
folgendes bestimmt:
§ 1.
Alle Kleinveräußerer von Tabakwaren (Zigaretten,
Zigaretten, Rauch-, Kaut- und Schnupftabak) wie Zi-
garettenschneider, Kolonialwarenhändler, Freizeiter, Kof-
fiehändler, Wirt, Inhaber von Kaffees, Automaten und
Verkaufshändlern usw. sind verpflichtet, die Kleinver-
kaufspreise deutlich und sichtbar anzubringen u. zwar:
a) bei Zigaretten auf der Innenseite des Akten-
deckels, bei Zigaretten auf der Zigaretten-
schachtel,
bei Rauchtabak auf der Umhüllung
mittels Stempels oder Handstempel,
b) bei Kautabak und Schnupftabak mittels Auf-
klebens des Preisvermerks auf dem Behälter;
aus dem die Ware beim Verkauf entnommen
wird.
§ 2.
Die in § 1 bestimmte Anbringung der Preise muß so-
fort bei Empfang der Ware vorgenommen werden, auch
wenn sie nicht sofort in die Verkaufsräume ausgehan-
den wird.
§ 3.
In Hotels, Wirtschaften, Kaffees und Automaten
darf der Verkauf von Zigaretten oder Zigaretten an
Gäste nur in der Weise erfolgen, daß die Akten-
schachteln, auf denen die Kleinverkaufspreise nach
§ 1 vorchriftsmäßig vermerkt sind, dem Gast zugewandt
werden, damit er sich über den Preis vergewissern kann.
§ 4.
Die in § 1 bezeichneten Verkäufer haben bei Kom-
missionen durch die Preisprüfungsstellen auf Verlangen
Rechnung vorzulegen, aus der der Einkaufspreis und
Lieferant festzustellen ist.
§ 5.
Bei Zuwiderhandlungen erfolgt Bestrafung mit
Gefängnis oder Geldstrafe, nach den Bestimmungen
des § 17 Ziffer 1 der R.G.B. vom 25. September 1915
(R.G.B. S. 607), bei Vorliegen von Preisverweigerung
nach den Bestimmungen der R.G.B. vom 8. Mai 1918
(R.G.B. S. 386). Außerdem ist Geschäftsschließung
und Beschlagnahme der Ware zu gewärtigen.
Offenburg, den 22. Januar 1920. 687
Der Stadtrat.

**Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, Lebens-
mittel-, Petroleum-, Fett- u. Milchkarten**
für die Zeit vom 15. März bis 11. April 1920 findet statt
im Städt. Lebensmittelamt, Zimmer 4 (Eingang Hofmarkt)
und zwar:
Freitag, den 12. März 1920, vormittags 8-12 Uhr
für die Inhaber der Ausweisarten 1-1000
nachmittags 2-6 Uhr
für die Inhaber der Ausweisarten 1001-3200
Samstag, den 13. März 1920, vormittags 8-12 Uhr
für die Inhaber der Ausweisarten 3201-4600.
Nachmittags geschlossen!
Wir ersuchen dringend, die Reihenfolge einzuhalten,
nicht zur rechten Zeit abgeholt werden Montag
von 9-12 Uhr und 2-4 Uhr Zimmer 5 abgegeben.
Aufgabe: Willkürlichkeit mußte den Kunden von 1-4
Jahren je 1/2 Liter getarnt werden.
Die Milchkarten sind von den Bezugberechtigten
unberührt an den Milchhändler abzugeben.
Alle Karten sind, bevor der Tisch verlassen wird,
nachzuprüfen, wer den Tisch verlassen hat, hat keinen
Anspruch auf Ersatz fehlender Karten.
Fehlende Karten werden nur aufgrund der von den
Kartenausgebern ausgestellten Bescheinigungen ersetzt.
Verloren gegangene und sonst abhanden gekommene
Karten werden nicht ersetzt.
Es war und möglich, jeder Familie 1/2 Liter Petro-
leum zuzuteilen.
Offenburg, den 11. Februar 1920. 687
Städt. Lebensmittelamt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Am Samstag, den 13. März, gleich nach Arbeitschluss, findet im Saal des „Elefanten“, Kaiserstraße 42, eine

Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Erläuterung des Betriebsratgesetzes und der Wahlen hierzu in Gemeindebetrieben.
2. Bekanntgabe der Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Karlsruhe, und Wahl der Vertreter hierzu.
3. Zutritt haben nur Mitglieder, die aber auch vollständig zu erscheinen haben. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Feuerbestattungs-Verein Karlsruhe e. V.

Unsere diesjährige

Mitglieder-Versammlung

findet am Freitag, den 10. März, abends 6 Uhr im kleinen Rathsaussaal hier statt:

- Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Kassenbericht.
3. Einnahmebeiträge der Mitglieder.
Wir laden hierzu unsere verehrlichen Mitglieder (auch Damen) mit der Bitte um recht zahlreiches Erscheinen ergebenst ein.
Karlsruhe, den 8. März 1920. Der Vorstand.

Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Infolge der bedeutenden Preissteigerung für die Heimspardbüchsen sind wir gezwungen, den Schadenertrag für verloren gegangene Heimspardbüchsen von 4 M auf 20 M zu erhöhen. Die zu leistende Sicherheit beträgt dementsprechend künftig gleichfalls 20 M statt bisher 4 M. Gemäß § 65 der Satzungen geben wir hiermit unseren Einlegern und Besitzern von Heimspardbüchsen Kenntnis.

Karlsruhe, den 3. März 1920. Verwaltungsrat der Städt. Spar- und Pfandleihkass. gez. Dr. Kleinschmidt

Bekanntmachung über den Verkauf getragener Unterhosen.

Im Verfolg der diesseitigen Bekanntmachung vom 2. bezw. 3. ds. Mts. werden zur Belieferung weiter aufgerufen:
Donnerst., 11. März, die bei den Vätern Nr. 121-135 Einget.
Freitag, 12. März, die bei den Vätern Nr. 136-153
Samstag, 13. März, die bei den Vätern Nr. 154-170
Sonntag, 14. März, die bei den Vätern Nr. 171-182
Montag, 15. März, die bei den Vätern Nr. 183-203
Dienstag, 16. März, die bei den Vätern Nr. 204-217
Mittwoch, 17. März, die bei den Vätern Nr. 218-232

Damit sind sämtliche Haushaltungen B beliefert. Die Belieferung der Haushaltungen A erfolgt durch besondere Bekanntmachung.

Der Preis für die Hufe beträgt M. 10.- das Stüd. Jeder Haushalt erhält nur eine Hufe und zwar nur gegen Abgabe der Haushaltsmarke Nr. 94.

Der Verkauf erfolgt Kaiserstraße 91 (Gold. Hühn.) in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags und 2 1/2-5 1/2 Uhr nachmittags.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Haushaltsmarke Nr. 94 sorgfältig aufzubewahren ist, bis alle Haushaltungen in der Reihenfolge der Reihennummern aufgerufen sind.
Karlsruhe, den 10. März 1920. Städtische Belieferungsstelle.

Bekanntmachung über die Verlosung amerikanischer Stiefel.

Die Verlosung der Stiefel hat unter Stadträtlicher Kontrolle stattgefunden. Die ausgelosten Besetzer werden in der Reihenfolge der Auslosung vermittelt Karte bis zum 31. ds. Mts. benachrichtigt, wer also bis zu diesem Termin keine Nachricht erhalten hat, erhält keine Stiefel. Nachfragen in dieser Angelegenheit können nicht beantwortet werden.
Karlsruhe, 10. März 1910. Städtische Belieferungsstelle.

Bekanntmachung über Notstandsversorgung.

In allen einschlägigen Geschäften hiesiger Stadt liegen neue Unterhosen (grauer Einheitsstrikot) zum Preise von 17.50 M das Stüd zum Verkauf nur an Winterbemiittelte auf. Bezugsberechtigungen dafür werden von der Prüfungsstelle im Fürst-Jörg-Amt (Postkolonialschule), Erbprinzenstraße, Ecke Herrenstraße, ausgestellt.
Karlsruhe, 10. März 1920. Städtische Belieferungsstelle.

Kaufe u. verkaufe fortwährend getragene Herren- und Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisszeuge, Musikinstrumente, Ferngläser, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen usw. usw.
Gef. Angebote erbittet Kronenstr. 52 Weinraub's Telefon 3747 An- und Verkaufsgeschäft.

Tages-Ordnung Bezirksratsitzung.

zu der am Dienstag, den 16. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden

I. Öffentliche Sitzung.

- A. Verwaltungsgeschäftliche Sachen.
1. Klage des Pfählers Julius Winkelmann, genannt Joachim Bellachini von Berthold-Friedenau, Kaiserstraße 76, gegen den Stadtrat Karlsruhe, wegen Freigabe der Vorträge des Klägers von der Luftbarteitssteuer.
2. Gesuch des Eugen Gneibing hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Brauntweinschant „zu den vier Jahreszeiten“, Hebelstraße 21 dahier.
3. Gesuch des August Lutz hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Brauntweinschant „Elefanten“, Kaiserstraße 42 dahier.
4. Gesuch des Otto Hammel hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schantwirtschaft im lutholischen Gesellenhaus, Söfienstraße 38 dahier.
5. Gesuch des Johann Weber hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Brauntweinschant „zur Palme“, Seifingstraße 40 dahier.
6. Beschwerde des Bahnhof-Reparateurs Karl Stelzer hier gegen die amtliche Verfügung wegen Veräußerung der handpolizeilichen Genehmigung zur Errichtung von Wohn- und Schlafräumen im Stallgebäude, Breitestraße 19, in Karlsruhe-Beiertheim.
7. Gesuch der Firma Wolf & Cie., Fabrik chem.-techn. Produkte in Karlsruhe um bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Errichtung von Erweiterungsbauten im Anwesen Durmerdeimerstraße 196.
8. Die Veränderung der Straßenkunst der Lindenstraße im Stadtteil Rappurr.
II. Nicht öffentliche Sitzung.
9. Die Subventionierung von Kohlenverbänden.
10. Beredschreibung einiger Gemeinderatsmitglieder.
11. Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Rantistatisten.
Bad. Bezirksamt.

Zofal

für kleineren Verein ge- eplant, auf 1. April ebent. früber zu vermieten. Näheres Wirtschaft 3. „Pflüster“, Baumeister-straße 54. 2:01

Schillerstr. 50

besteht sich meine : befeingelichte: Fahrrad- und Näh- maschinen-Reparatur- Werkstätte. Summt- u. alle Ersatzteile zu haben. 2208 Karl Gau, Mechaniker.

Zahle!

höchste Preise für neue und getrag. Kleider, Kostüme, Schuhe, Wäsche, Teppiche, Gardinen und Betten. Komme häuslich ins Haus. Zuschriften erbeten an S. Axolrad Effentweinsstraße 32.

Bonellkäfig, gebraucht, zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis- angabe unter 100 an das Volks- freundeblatt erbeten.

Festhalle Karlsruhe (Baden). Art Oberammergauer Passions-Festspiele unter Leitung der berühmten Christ- und Judas-Darsteller Adolf und Gg. Faßnacht (Bayern) sowie Mitwirkung hervorragender Passionsdarsteller. Sologesänge: Adolf Faßnacht Oratoriensänger (Tenor). 600 Mitwirkende! auf eigens dazu erbaute grosser Festspielbühne. Die Dekorationen sind entworfen und ausgeführt im Theater-teller E. Aeg, Berlin. Spieltage: ab 11. März bis mit 17. März 1920, jeweils abends 7 Uhr, ausserdem am 13., 14. u. 17. März, auch nachmittags 2 1/2 Uhr. Vorverkauf: in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse, Telefon 388; sowie eine Stunde vor Beginn an der Kasse Festhalle. Bei korporativem Besuch von Vereinen, Schulen, können erhebliche Preisermässigungen mit der Geschäftsstelle Festhalle vereinbart werden. Nach den Ausführungen an den Werktagen Bahnanstschüsse nach allen Richtungen. Geschäftsstelle: Festhalle Karlsruhe.

Badisches Landestheater. Donnerstag, den 11. März 1920. Macbeth 650 Trauerspiel in fünf Akten von Shakespears. Anfang 7 1/2 Uhr. Mk. 7.80. Ende geg. 10 Uhr.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34, 1 Treppe Fernsprecher 1848. Jackenkleider Mk. 150.- an. teilweise auf Seidenfutter. Kostümröcke Mk. 42.- an.

Leipzig Technische Messe 14. bis 20. März 1920 2500 Aussteller! Sehenswerte Mess-Ausstellung des Vereins Deutscher Werkzeug- Maschinenfabriken Elektrotechnik · Triebwerke · Kleinseisen- waren · Gesundheitstechnik · Feinmechanik · Optik · Photographie · Kinematographie usw. Baumesse · Rohstoffmesse Anmeldungen sind zu richten an das Messamt für die Mustermessen in Leipzig

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe Todesfälle. Erta, alt 73. Vater Joh. Wehling, Schuhm. Karl Bebel, ledig, Brochler alt 48. Christian Geiger, Witwer, Stationsbort. A. D., alt 78. J. Jos. Felsch, Ehe- mann, Schuhm. -Mstr., alt 72.3.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Durlach Geburten. Hermann, S. Waldemar Rüttner, Kaufm. Ana Elisabeth, S. Otto Heim. Bud. Buchbindermstr. Gerda Luise Augusta, S. Wilhelm Andreas August Fraas, Büro- gehilfe. Arthur Guitab, S. Emil August Wadershanter, Former. Hedwig Ana Verta, Vater Heinrich Karl Theurer, Maschinenführer. Eheschließungen. Karl Gottfried Kurt, Wehmer, mit Anna Johanna Riser, beide hier. Wilhelm Herm. Die Karl Hofer, Lokomotivführer-An- wärter in Forstheim, mit Sofie Dorothea Treiber hier. Heinrich Schlotter, mit Ana Gaus, beide in Wöhringen u. S. Karl Wilhelm Lang, vermit- telter-Panzerführer, mit Emilie Schumacher, geb. Bied, beide hier. Adolf Goldschmidt, Essen- dobler, mit der verwitweten Anna Maria Horn, geb. Baum beide hier. Karl Willi Bient, Maschinenführer, mit Clara Luise Küdter, beide hier. Eherbefälle. Karl Josef Weller, Chemant, benfontierter Eisenbahnarb., alt 77 Jahre. Albert Böler, lediger Detail- dreher, alt 23 Jahre. Christian Wilhelm Engelhardt, lediger Uhrmach., alt 30 Jahre. Juliana geb. Kähler, Witw. des Zigarren- machers Christian Baum, alt 72 J. Siegfried Bau, Sohn des Karl Bau, Weichenwärter, alt 3 Monate. Elise Luise, Tochter des verheirateten Karl Wih. Weller, Landwirt, alt 3 Jahre. Anna Auguste, Tochter des Carl Böhm, Hilfsarbeiter, alt 3 Monate. Robert Philipp Garrecht, Schlosser, ledig, Mus- feiter, alt 18 Jahre 11 Monate

Kriegshilfsholz.

Zur Herstellung von Kleinwohnungsbau- ten für Winterbemiittelte wird Kriegshilfsholz zu ermäßigtem Preis geliefert.

Die Gemeinden, in denen die Bauten errichtet werden, haben die Versorgung ihrer Angehörigen mit Kriegshilfsholz selbst zu regeln, wenn sie selbst aus- reichende Waldungen besitzen. Ist dies nicht der Fall, so tritt nach dem Maß seiner Leistungsfähigkeit der Staat mit Lieferung von Bauholz ein. Mit Rücksicht auf das im forstwirtschaftlichen und sonstigen wirtschaftlichen Interesse bringende „eroberte Waldhol- ten im Verbrauch des Holzgerätnis“ der Staatswal- dungen — es ist zu beachten, daß der Anteil des Staates am Wabbesitz des Landes noch nicht einmal ein Fünftel der Gesamtwaldbfläche beträgt — müssen die staatlichen Bauholzlieferungen auf solche Fälle be- schränkt bleiben, in denen das öffentliche Interesse das Eintreten des Staates am dringlichsten erfordert, in denen die Wohnungsnot am größten ist und die Mög- lichkeit der Selbsthilfe am kleinsten ist, nämlich eben auf die Kleinwohnungsbauten für Win- terbemiittelte. Für Bauten der anderen Zweckdien sollen oder nach Größe der Ausstat- tung über den Bedarf der Kleinwohnung für Win- terbemiittelte hinausgehen, darf Kriegshilfsholz nicht bewilligt werden.

Als Regel gilt, daß solches nur für Bauten ge- währt wird, für welche ein Vorkaufszuschuß vom Arbeitsministerium zugesichert ist und daß die Höchst- menge an geschmittenem Kriegshilfsholz 15 cbm für eine Kleinwohnung nicht übersteigen soll. Die Verarbeitung des aus den Staatswaldungen bewilligten Kriegshilfsholzes (des Kriegshilfs) in Schnittware geschieht auf Grund eines mit der Bau- solgfleier-Vereinbarung in Freiburg getroffenen Abkommens durch die von dieser in jedem einzelnen Fall bezeichnenden Sägewerke. Die Verladung der Schnittware erfolgt in unmittelbarem Verkehr zwi- schen Sägewerk und Sägewerk, ebenso auch die Fest- setzung etwaiger Zahlungsfristen und sonstiger Be- dingungen. Die Preise verstehen sich frei Wagon Bahnhofs des Sägewerks oder frei Fuhrwerk ge- laden, zahlbar innerhalb 30 Tagen ohne Abzug. Für die Ausführung der Lieferungen sind die Gebüude im südwestdeutschen Holzhandelsverkehr maßgebend. Geliefert werden Kantschölzer, Bretter und Dielen, sowie Laten, sämtliches aus Fichten- und Tannen- holz, und zwar haufantig.

Kantschölz in Längen bis zu 10 Meter. Neben- längen von 10 bis 12 Meter werden mit einem Preiszuschlag berechnet. Das Kantschölz kann mit üblicher Wabklante oder haufantig geliefert wer- den, in letzterem Fall erhöht sich der Preis. Die Anforderung hat noch Kubikmetern zu verstehen. Bretter und Dielen werden in Stärken von 12 bis 60 mm, in Breiten von 10 cm aufwärts und nur in zweiter Sorte geliefert, d. h. die Ware darf eine gewisse Anzahl grober, auch ausfallender Leiste und teilweise Wabklante bis zur halben Stärke der Bretter zeigen; hartes, leicht streifen- ges Holz, sowie durchgehende nicht zu grobe gradlaufende Risse müssen in Kauf genommen werden. Die Bretter und Dielen sollen aber parallel befeamt und im allgemeinen Kantschölz sein. Für einseitig behobelte Ware wird ein Preiszuschlag berechnet.

Die Anforderung geschieht nach Kubikmetern. Latten werden im Querschnitt 94 x 48 mm un- fertigt in Längen von 1 Meter an aufwärts, Durchschnittslänge 250 Meter, wie sie fallen, gute Latten in Länge von 8-5 Meter geliefert. Die Anforderung geschieht nach losen Metern (868 Meter = 1 Kubikmeter). Die Preise für das geschnittene Kriegshilfsholz werden unter Berücksichtigung aller hierfür in Be- tracht kommenden Faktoren im Benehmen der be- teiligten staatlichen Stellen mit der Bau- solgfleier- vereinbarung, festgesetzt; die Preisbestimmungen unter- liegen zeitweiliger Abänderung, näherer Auskunft über die jeweiligen Preise wird auf Anfrage vom Land- esgewerbeamt erteilt.

Gesuche um Bewilligung von Kriegshilfsholz sind an das Landesgewerbeamt zu richten; es ist hierfür das für Bedarfsmeldungen bestimmte Formular, das bei der genannten Behörde erhältlich ist, zu ver- wenden.

Vorjahresbes bringen wir zur allgemeinen Kenntnis. Karlsruhe, den 5. März 1920. O.3.87 Bezirksamt.

Salzpreise betreffend.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1920 sind die So- linnenpreise infolge der erhöhten Kohlenpreise erheb- lich gestiegen. Dieser Umstand sowie die Erhöhung der Umsatzsteuer und Löhne macht auch eine ent- sprechende Aenderung der Handelspreise unum- gänglich. Für das Salz sind nachstehende Preise einzu- halten: I. Steinsalz bei Abgabe durch den Großhändler an den Kleinhändler für 100 kg. in zwei Papierge- webe- oder sonstigen Gemebefäden einschließlich Umsatzsteuer 84 M frei Haus des Kleinhändlers. Kleinhandelspreis für 1 Pfund ohne Lüte 40 S. II. Viehsalz bei Abgabe durch den Großhändler an den Kleinhändler für 100 kg in zwei Papierge- webe- oder sonstigen Gemebefäden einschließlich Umsatzsteuer 50 M frei Haus des Kleinhändlers. Kleinhandelspreis für 1 Pfund ohne Lüte 30 S. Bei Lieferung in Papierfäden ist der Großhandelspreis um 5 M für 100 kg zu er- mäßigen. Für Verpackung in Lüten dürfen bis 5 S auf den Kleinhandelspreis zugeschlagen werden, um den Mangel an kleineren Mägen zu entsprechen. Die Kleinhändler haben in den Verkaufsstellen an deutlich sichtbar Stelle den Kleinverlaufspreis für Salz mit und ohne Lüte den Käufern zur dau- ernden Kenntnis zu bringen. Für Steinsalz dürfen keine höheren Preise als die vorstehenden berechnet werden. Eine Ueberberechtigung der obigen Preise kann nur auf Grund einer dem Landespreisausschuss Karlsruhe vorgelegten, begründeten Preisberechnung unter An- sichts der Einkaufs- und Frachtbelege gestattet werden.

Karlsruhe, den 8. März 1920. O.3.90 Bezirksamt.